

LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

1. ÖKOLOGISCH

Nord- und Ostsee, Wattenmeer, Strände, Wälder, Seen, Grünland - Schleswig-Holstein ist von einer vielfältigen und einzigartigen Natur geprägt. Die Natur ist Grundlage allen Lebens – auch für uns Menschen. Naturschutz ist kein Luxus, sondern existenzielle Notwendigkeit! Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist der Kern grüner Politik. Wir haben nur diese eine Erde und treten dafür ein, dass auch unsere Kinder und zukünftige Generationen ihre eigene Zukunft auf dieser Erde frei gestalten können.

Ökologische Politik wirkt auch sozialpolitisch. Sie schützt alle Menschen vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verantwortungsloser Politik.

Besonders Schleswig-Holstein wird vom Klimawandel betroffen sein: Wetterextreme und der Anstieg des Meeresspiegels werden Landschaften und unsere gewohnte Umgebung verändern. Es liegt heute in unserer Verantwortung, den Klimawandel zu stoppen. In dieser Verantwortung machen wir Politik für Schleswig-Holstein!

Wir bringen Schleswig-Holstein voran, indem wir auf Nachhaltigkeit setzen: mit Klima- und Ressourcenschutz in der Wirtschafts- und Mobilitätspolitik, mit Umwelt- und Naturschutz, mit einer Neuorientierung in der Landwirtschaft. Dabei folgen wir dem Ansatz "Global denken, lokal handeln".

Umwelt- und Naturschutz / Wir bewahren die natürlichen Grundlagen für gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in Schleswig-Holstein ist in ihrem Fortbestand bedroht. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten Wahlperiode werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu erzielen sind. Wir wollen die kargen Straßenränder in blühende Wiesen umwandeln, die insbesondere in den blütenarmen Sommermonaten den Bienen und vielen anderen Insekten ein reichliches Pollen und Nektarangebot bereitstellen. Die Landesentwicklungsstrategie zielt auf eine Überarbeitung der Regionalpläne, um den Flächenverbrauch etwa durch Siedlungen, Straßen und Gewerbegebiete zu verringern.

Bundesweit soll der Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduziert werden. Für Schleswig-Holstein streben wir eine Reduktion auf 1,5 Hektar pro Tag an. Bis 2030 wollen wir mithilfe eines intelligenten Flächenmanagements und -recyclings eine Netto-Null beim Flächenverbrauch erreichen.

43 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.114: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

44 Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein
 45 gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Legislatur haben wir
 46 mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das
 47 Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und
 48 Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf
 49 unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf
 50 sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei
 51 Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten
 52 Legislatur werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur
 53 Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu
 54 erzielen sind.

57 Der Schutz gesunder Böden ist integrativer Bestandteil grüner Politik. Der Boden
 58 ist das einzige Umweltmedium, bei dem alle Versuche einer europaweiten Regelung
 59 bisher gescheitert sind. Dabei sind Böden umwelt-, klima- und nicht zuletzt
 60 wirtschaftspolitisch von hoher Bedeutung. Ihre vielfältigen Funktionen sind
 61 elementar für Mensch und Umwelt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich der Bund
 62 in Brüssel für die Einführung einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie stark macht.

64 Um der Flächenversiegelung zu begegnen, werden wir Projekte zur Entsiegelung
 65 versiegelter Flächen auch in Zukunft fördern.

66 **Natur in gemeinsamer Verantwortung schützen**

67 Vertragsnaturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen sind für uns GRÜNE wichtige
 68 Instrumente zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt in der vom Menschen
 69 geprägten Kulturlandschaft. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, sie finanziell
 70 zu stärken. Wo Freiwilligkeit nicht ausreicht, setzen wir auf gesetzliche
 71 Regelungen.

72 Die Agrarumweltmaßnahmen wollen wir über die Umschichtung der europäischen
 73 Agrarsubventionen (Flächenprämie) in einer neuen integrierten Strategie ausbauen,
 74 die Umwelt und Landwirtschaft zusammendenkt. Das dient Umwelt und Tieren und
 75 sichert das Einkommen der Bäuer*innen.

76 Die Stiftung Naturschutz, die Naturschutzverbände, die lokalen Aktionen und die
 77 Freiwilligen im ökologischen Jahr sehen wir als starke und unerlässliche Partner,
 78 die wir auch weiterhin unterstützen.

79 Viele Tätigkeiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind dazu geeignet,
 80 Geflüchtete zu integrieren. Wir werden bereits begonnene Kooperationen mit
 81 Organisationen der Flüchtlingshilfe stärken und den Ausbau neuer Netzwerke
 82 unterstützen. Auf diese Weise bringen wir ökologische und soziale Aspekte noch
 83 enger zusammen.

84 Die vier bestehenden Integrierten Naturschutz-Stationen im Land leisten einen
 85 wichtigen Beitrag für den Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige
 86 Entwicklung unserer Regionen. Wir werden eine weitere Station in der Holsteinischen
 87 Schweiz einrichten.

88 Wir verbinden Naturschutz mit Natur-Tourismus und leisten damit auch einen Beitrag
 89 zur regionalen Wirtschaft.

90 Mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ wollen wir das Schutzgebiets- und
 91 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein fortentwickeln. Die Pflege kulturgeprägter
 92 Lebensräume (wie z.B. Offenlandschaften oder Orchideenwiesen) oder durch
 93 Nährstoffeinträge beeinträchtigter Lebensräume (wie z.B. Küstendünen) werden wir
 94 sicherstellen. Gleichzeitig soll es ein Umsetzungsprogramm zur Entwicklung von
 95 Wildnisgebieten auf zwei Prozent der Landesfläche (gut 31.000 Hektar) geben.

96 **Weiden, Wiesen, Knicks und Wälder**

97 Für den Knick- und Grünlandschutz haben wir in dieser Wahlperiode viel erreicht.
 98 Wir werden die, zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen vereinbarten
 99 Maßnahmen zur Pflege der prägenden Landschaftselemente sowie die gesetzlichen
 100 Bestimmungen zum Erhalt des arten- und strukturreichen Dauergrünlandes, weiter
 101 fördern und ausbauen.

102 Moorschutz- und Auenprogramme des Landes sind wichtige Instrumente des
 103 Klimaschutzes und der Entwicklung von biologischer Vielfalt. Vernässte Moore senken
 104 den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, die Renaturierung von Auen schafft
 105 wertvolle Lebensräume und schützt vor den Folgen von Hochwasser. Wir werden diese
 106 Programme auch zukünftig forcieren. Ob und wie wir weitere CO₂-Senken schaffen
 107 können, wollen wir prüfen: etwa Terra Preta, oder der Einsatz von Holz als Bau- und
 108 Werkstoff.

109 Gemeinsam mit dem Landesjagdverband, der Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd und den
 110 Naturschutzverbänden wollen wir die Grundlagen für ein modernes Jagdrecht schaffen,
 111 das den Zielen des Arten- und Naturschutzes gerecht wird.

112
 113 Erlegtes Wild soll verwertet werden und Tierarten, deren Bestände sehr klein oder
 114 nicht stabil sind, wollen wir vor der Bejagung schützen.

115 Ein neues Waldgesetz soll die naturnahe Waldbewirtschaftung sowie den Artenschutz
 116 im Wald stärken. Der landeseigene Wald hat dafür eine Vorbildfunktion. Wir werden
 117 die Organisationsstruktur der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten untersuchen
 118 und gegebenenfalls umbauen. Ziel ist dabei auch eine stärkere Berücksichtigung der
 119 Allgemeinwohlleistungen.

120 Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Bildungsaufgaben, so sollen etwa Wald-
 121 Kindergärten Rechtssicherheit (z.B. durch eine baldige Änderung der
 122 Landesbauordnung) erhalten und ihre Bauwagen weiterhin in Wäldern aufstellen
 123 dürfen.

124 **Verantwortungsvolle Naturschutzpolitik**

125 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder regelmäßig Wölfe durch
 126 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
 127 intensivieren und gemeinsam mit Landwirt*innen den Schutz der Schafherden zu
 128 verbessern. Die Rückkehr der Wölfe hat viele Menschen verunsichert, vor allem auch
 129 die Schäfer*innen. Die Ausbreitung des giftigen Jakobskreuzkrauts beunruhigt die
 130 Imker*innen, die vergrößerte Seeadlerpopulation ist im Konflikt mit dem
 131 Windkraftausbau, Kormorane fressen aus den Teichen der Fischer*innen, die
 132 Gänsepopulationen haben sich stark vermehrt und fressen an der Westküste die
 133 Erträge der Bäuer*innen. Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikten offen
 134 gegenüber zu stehen. Wir werden diesen Situationen nicht mit einer einäugigen
 135 Verordnungspolitik begegnen. Verantwortungsvolle Umweltpolitik sucht den Dialog mit
 136 allen Betroffenen. Wir werden weiter Lösungen erarbeiten, auch mit finanziellem

137 Ausgleich, die sowohl der ungebändigten Natur dienen wie auch dem Sicherheits- und
138 Schutzbedürfnis des Menschen – ein nicht immer einfacher Ausgleich.

139 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder Wölfe durch
140 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
141 intensivieren. Gemeinsam mit Landwirt*innen werden wir etwa den Schutz der
142 Weidetiere verbessern.

143 Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikte zu erkennen und ihnen offen zu
144 begegnen. Verantwortungsvolle Grüne Politik sucht den Dialog mit Beteiligten.
145 Wir haben in Regierungsverantwortung dort, wo Naturschutz und Nutzen,
146 Sicherheitsbedürfnis oder wirtschaftliche Interessen aufeinander treffen, den
147 Dialog gesucht und Lösungen erarbeitet.

148 **Sauberes Trinkwasser für alle**

149 Unser Trinkwasser beziehen wir in Schleswig-Holstein zu fast 100 Prozent aus dem
150 Grundwasser. Insgesamt ist es noch von guter Qualität. Wasserversorger warnen
151 allerdings zunehmend vor den Folgen steigender Schadstoffbelastungen in unseren
152 unterirdischen Wasserressourcen durch industrielle Schadstoffeinträge und immer
153 höhere Pestizid- und Nitratbelastungen als Folge einer intensiven Landwirtschaft.
154 Brunnenschließungen aufgrund intolerabler Schadstoffkonzentrationen zeigen, dass
155 wir dringend handeln müssen.

156 Wir fordern ein striktes Düngemanagement und setzen uns für eine deutliche
157 Reduzierung der Nährstoffeinträge ein. Unsere Stimme soll im Bund dazu beitragen,
158 die nötigen Rechtsvoraussetzungen zu schaffen. Ausserdem setzen wir uns auf
159 Bundesebene für die Einführung einer Steuer oder Abgabe auf Stickstoff und Pestizide
160 als wirksames Instrument ein.

161 Entscheidend ist aber, dass wir im Land selbst Bescheid wissen über die Belastung
162 des Grundwassers. Darum setzen wir uns für eine Modernisierung der
163 Trinkwasserverordnung an zeitgemäße Anforderungen im Hinblick auf neue
164 Schadstoffgruppen und eine Verbesserung der Trinkwasserüberwachung ein. Desweiteren
165 werden wir mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz", in den auch die
166 Wasserversorger einbezogen sind, ein Pestizid- und Düngekataster erarbeiten. Es ist
167 unser Ziel, die regelmäßig landesweit erhobenen Daten zur Grundwasserqualität
168 transparent zusammenzuführen, die wir als Open Data der Öffentlichkeit zugänglich
169 machen.

170 Wir setzen uns dafür ein, dass in Trinkwassergewinnungsgebieten strengere Auflagen
171 durchgesetzt werden als bisher und diese auch wirksam kontrolliert werden, damit
172 wertvolle Grundwasservorkommen auch für zukünftige Generationen noch nutzbar sind.

173
174 Die Ertüchtigung der kleinen Klärwerke bzw. der Anschluss kleinerer Gemeinden an
175 leistungsfähige größere Klärwerke ist anzustreben, die nötigen Finanzmittel hierfür
176 sind bereitzustellen. Der anfallende Klärschlamm muss umweltgerecht entsorgt werden
177 und sollte nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen verklappt werden.

178 Über die Einbeziehung der Uferstrandstreifen in die Ökokontenverordnung wollen wir in
179 den nächsten Jahren alle großen Fließgewässer mit einem zehn Meter breiten
180 Randstreifen schützen.

181
182 Überall dort, wo es auf Grund der Beschaffenheit und des Umfeldes der Flächen für
183 Randstreifen ökologisch sinnvoll und möglich ist, sollen Blühstreifen entstehen.

184 Zum Erhalt der biologischen Vielfalt und des natürlichen Artenspektrums fördern wir
185 das Ausbringen autochthonen Saatguts.

186 Die mit dem Bauernverband geschlossene „Allianz für Gewässerschutz“ ist jetzt auf
187 ihren Erfolg hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

188 Die Anstrengungen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir
189 verstärken, insbesondere durch Maßnahmen zur Reduktion des Nährstoff- und
190 Pestizideintrags am gesamten Gewässernetz in Schleswig-Holstein.

191 **Schluss mit Ölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer**

192 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
193 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
194 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Das Konzept „Wattenmeer 2100“ zeigt
195 die Richtung auf. Dieses einzigartige Naturschutzgebiet wird noch immer stark
196 genutzt. Es ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
197 und Bohrungen im Wattenmeer lehnen wir ab. Außerdem werden wir rechtssichere
198 Möglichkeiten suchen, um die Förderung von fossilen Brennstoffen im Wattenmeer und
199 gesamt Schleswig-Holstein so schnell wie möglich komplett zu beenden. Wir werden uns
200 auf Bundesebene auch weiterhin mit aller Entschlossenheit dafür einsetzen, dass das
201 aus der Kaiserzeit stammende Bundesbergrecht geändert wird, damit Erkundungen
202 zukünftig rechtssicher untersagt werden können. **In der Landesverordnung über die
203 Feldes- und Förderabgabe werden wir die bisher absetzbaren Feldesbehandlungskosten
204 schrittweise auf null reduzieren. Bisher können die Erdöl-Förderunternehmen neben
205 den eigentlichen Förderkosten sogar noch Verwaltungskosten absetzen, das alles geht
206 vom Förderzins und damit vom Anteil unseres Landes Schleswig-Holstein ab und bringt
207 den Erdöl-Förderunternehmen unnötig hohe Gewinne.**

208 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.103: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

209 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet und Weltnaturerbe von
210 internationaler Bedeutung und nicht nur ein wichtiger Beitrag Schleswig-Holsteins
211 zum Naturschutz, sondern auch ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor –
212 beides wollen wir stärken. Die betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert
213 unterstützen.

214
215 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
216 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
217 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Die „Strategie für das Wattenmeer
218 2100“ des Landes zeigt die Richtung auf.

219 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**

220 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet von internationaler
221 Bedeutung. Er ist für den Naturschutz in Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung
222 und zudem längst ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor – beides gilt
223 es zu stärken.

224 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.129: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

225 Der Nationalpark als einzigartiges Schutzgebiet wird aber noch immer stark genutzt.
226 Für uns ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
227 lehnen wir ab. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das veraltete
228 Bundesbergrecht so geändert wird, dass diese rechtssicher untersagt werden können.

229 Das betrifft genauso unsere anderen Schutzgebiete an Nord- und Ostsee. Die
230 betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert unterstützen.

231 Alle zwei Jahre soll der ökologische Zustand von Nord- und Ostsee in einem
232 „Meeresbarometer“ evaluiert und öffentlich transparent dargestellt werden.

233 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**
234 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.155: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

235 Wir wollen die regionale Krabbenfischerei erhalten und gleichzeitig einen
236 effektiven Schutz sensibler Gebiete im Wattenmeer erreichen. Ähnlich dem
237 „Muschelkompromiss“ für eine regulierte Muschelfischerei streben wir mit den
238 Krabbenfishern und den betreuenden Verbänden eine Vereinbarung über die weitere
239 Nutzung und die Einrichtung nutzungsfreier Zonen im Nationalpark an.

240 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
241 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
242 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
243 Jungfisch-Schutzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
244 bestehenden Schutzgebieten und den Tidebecken und darüber hinaus. Auch Ruhezonen in
245 Offshore-Windparks wollen wir zur Erholung der Natur nutzen. Sie sichern zudem
246 langfristig die Ertragsgrundlagen unserer heimischen Fischerei und bieten
247 Attraktionen für sanften Tourismus.

248 Ersetze Zeilen 129 - 150

249 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
250 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
251 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
252 Jungfisch-Schutzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
253 bestehenden Schutzgebieten, im Watt orientiert an den Tidebecken, aber
254 erforderlichenfalls auch darüber hinaus.

255 In den Wattenmeer-Nationalparks sollen mindestens drei Viertel der Tidebecken für
256 Grundsleppnetze geschlossen werden, damit sich die Fischbestände und der
257 Meeresboden erholen können. Im ufernahen Flachwasserbereich der Ostsee soll die
258 Kutterfischerei mit Netzen in einem Bereich bis 3000 Meter zur Küstenlinie
259 eingestellt werden. Dies gilt als erstes in den FFH-Gebieten.

260 Ein Kurswechsel ist dringend notwendig weil die Grundsleppnetzfisherei den
261 Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen
262 umpflügt und dadurch, auch im Nationalpark, das Ökosystem immens beeinträchtigt.

263 Offshore-Windparks sollen Schutzonen für die Natur unter Wasser bleiben. Sie
264 sichern zudem langfristig die Ertragsgrundlagen der heimischen Fischerei.

265 In freiwilligen Vereinbarungen oder der Gesetzgebung soll sich deutlicher als
266 bisher widerspiegeln, dass das Fischen mit Grund- und Stellnetzen in
267 Meeresschutzgebieten und Flachwasserzonen verringert werden muss.

268 Wir suchen den Dialog mit den Fischer*innen, dem Naturschutz und der Forschung, um
269 neue, naturschonende Verfahren zu entwickeln und zu fördern.

270 Küstenferne Gebiete mit Ansammlungen von Tauchvögeln sollen während der gesamten
271 Rastperiode der Tauchvögel für die Stellnetzfisherei geschlossen werden

272 Um die Fischbestände zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die
273 Freizeitfisherei zukünftig in die Festsetzung von wissenschaftlich fundierten
274 Fangquoten einbezogen sowie konsequent kontrolliert wird. Für von besonders
275 bedrohten Teilbeständen betroffene Fischer*innen werden wir Überbrückungs- und
276 Umstiegshilfen anbieten.

277 Wir wollen es unserer handwerklichen Fischerei ermöglichen, auch in Zukunft
278 nachhaltig und umweltschonend zu wirtschaften. Dabei werden wir auch Mittel aus dem
279 EU-Fischereifonds einsetzen, um die Küsten- und Binnenfischerei umweltverträglich
280 weiterzuentwickeln. Für besonders bedrohte Teilbestände werden wir Überbrückungs-
281 und Umstiegshilfen anbieten.

282 Um die Fischbestände dauerhaft zu sichern und Arten zu erhalten, halten wir der
283 wissenschaftlichen Expertise entsprechende Fangquoten und detaillierte Regelungen
284 (z.B. zu Beifang und no-take-zones) für erforderlich. Auch die Freizeitfischerei
285 soll über die Einbeziehung in die Quotenregelung einen angemessenen Beitrag zur
286 Schonung der Bestände leisten.

287 **Gefährliche Altmunition aus dem Meer bergen**

288 Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in
289 Nord- und Ostsee. Aufgrund hoher Durchrostungsgrade drängt die Zeit. Wir bekräftigen
290 daher unsere Forderung nach der Einführung eines Munitionskatasters, in dem die
291 Lage und Art der Munitionsreste zusammengetragen und diese Informationen als Open
292 Data zur Verfügung gestellt werden.

293 In der vergangenen Legislatur wurden, ausgehend von Schleswig-Holstein, alternative
294 Bergungstechnologien entwickelt, so dass Munition, ohne die bislang bei Sprengungen
295 übliche Gefährdung der Meeressäuger, geborgen werden kann. In der nächsten
296 Legislatur wollen wir diese Technik in Schleswig-Holstein zum Einsatz bringen.

297
298 Wir werden uns auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die
299 Bergung atomarer militärischer Hinterlassenschaften der Sowjetunion und des
300 verklappten Atommülls verschiedener Staaten finanziert wird. Dazu werden wir auch
301 die Arbeitsgemeinschaft der Anrainer-Staaten von Nord- und Ostsee ggf. in zwei
302 getrennten Runden nutzen, um das Problem des verklappten Atommülls und der
303 gesunkenen Atom-Uboote zu lösen. Wir können nicht darauf hoffen, dass die Meere
304 diese Probleme für uns irgendwann lösen werden, das müssen wir zumindest mit den
305 strahlenden Abfällen, die überhaupt noch zu bergen sind, schon selber machen.

306 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.105: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

307 Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Munitionsaltlasten leistet unter der Federführung von
308 Schleswig-Holstein gute Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen. Insbesondere
309 die Forschung und Entwicklung umweltschonender Bergungstechniken, die Sprengungen
310 vermeiden, wollen wir weiter vorantreiben und schnellst möglich zum Einsatz
311 bringen.

312 **Unser Einsatz gegen Schadstoffe in Gewässern**

313 Die Belastung der Meere und Gewässer mit Müll, Schadstoffen und Dünger nimmt zu.
314 Insbesondere Kunststoffabfälle und chemische Schadstoffe reichern sich in der
315 Meeresumwelt dramatisch an und bedrohen das Ökosystem. Am Ende landen diese
316 Schadstoffe über die Fischerei wieder auf unseren Tellern.

317 Darum werden wir mit den Forschungs- und Fördermöglichkeiten des Landes die Suche
318 nach Alternativen, Rückhaltungsmöglichkeiten und Reinigung der Meere von Plastik- und
319 Schadstoffen vorantreiben.

320 Wir wollen dafür sorgen, dass auch die deutschen Nordseehäfen die
321 Müllentsorgungsgebühren in die Liegegebühren integrieren, wie es in den deutschen
322 Ostseehäfen bereits üblich ist. Auch die Schifffahrt muss ihren Teil zum Erhalt

323 unserer Ökosysteme leisten und darf ihren Müll nicht länger einfach auf dem Meer
324 entsorgen.

325 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Ziele und Maßnahmen der EU-
326 Meeresstrategierahmenrichtlinie zur Verminderung des Eintrags von Schadstoffen und
327 Abfällen in die Meere und setzen uns für eine konsequente und zeitnahe Umsetzung
328 der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie sowie eine umfassende Reduktion von
329 kritischen Produkten und Produktionsmethoden ein, etwa von Plastik. Zur Reduktion
330 von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen werden wir auch das produzierende Gewerbe
331 und die Landwirtschaft stärker in die Pflicht nehmen.

332 Die Aufstellung von Strandmüllboxen, Fishing-for-Litter (Müllsammeln) und
333 plastikfreie Kommunen sind für uns Anliegen, die wir auch in Zukunft unterstützen.

334 **An Küsten und im Binnenland beim Hochwasserschutz neue Wege gehen**

335 Klimawandel, Meeresspiegelanstieg und Starkregen sind für unser Land
336 Herausforderungen, die neue Wege verlangen. Wir haben mit Strategien wie
337 "Wattenmeer 2100" und neuen Strategien im Küsten- und Binnenlandschutz wichtige
338 Impulse gesetzt. Wir werden sie weiterentwickeln und mit konkreten Maßnahmen
339 hinterlegen.

340
341 Wir wollen dort, wo es auf Grund der örtlichen Begebenheiten möglich ist, verrohrte
342 und überbaute Gewässerabschnitte wieder öffnen und diese ihrer natürlichen Dynamik
343 überlassen. Bachverrohrungen stehen im völligen Gegensatz zu den hydrologischen,
344 biologischen und ökologischen Aufgaben eines Gewässers. Ein offenes Gewässer ist in
345 der Lage bei Hochwasser, Starkregen und Schneeschmelze Oberflächenwasser schnell
346 aufzunehmen und abzuleiten, das kann ein verrohrtes Gewässer in der Regel nicht
347 leisten. Neue Bachverrohrungen, beispielsweise im Rahmen von Wohn- oder
348 Gewerbeflächenerweiterungen oder Neuerschließungen sollen künftig bereits in der
349 Planungsphase vermieden werden. Dort, wo sie bereits bestehen, sollte der Rückbau
350 im Rahmen von Renaturierungsprojekten erfolgen. Hierbei wird zudem die ökologische
351 Durchgängigkeit für Fische und andere aquatische Organismen deutliche verbessert
352 oder erst möglich gemacht.

353 **Den Menschen das Meer erlebbar machen**

354 Immer mehr Menschen verlieren den Bezug zu den Meeren. Wir fördern Projekte, die
355 vor allem jungen Menschen den Umgang mit unseren Meeren und Gewässern vermitteln.
356 Flora und Fauna in Nord- und Ostsee sollen jungen Schleswig-Holsteiner*innen
357 vertraut sein.

358 **Mit mehr Stadtgrün zu mehr biologischer Vielfalt**

359 Mehr Grün in den Städten – mit Parks, Stadtbäumen, grünen Fassaden, Dachgärten und
360 Staudenfluren. Das ist unser Anliegen. So können die Städte selbst wirksame
361 Projekte zur CO₂-Bindung und darüber hinaus zur Abkühlung bei Hitze infolge des
362 Klimawandels leisten. Dies ist außerdem ein wertvoller Beitrag zu sauberer Luft,
363 neuen Lebensräumen und biologischer Vielfalt. Wir wollen die
364 Städtebauförderungsprogramme verstärkt nutzen, um Stadtbegrünung zu schaffen und
365 uns dafür einsetzen, dass Klimaschutzaspekte Teil der Städtebauförderung werden.
366 Öffentliche Gebäude sollten eine Vorbildfunktion beim ressourcenschonenden Bauen,
367 bei der Nutzung von Solarenergie und beim Artenschutz an Gebäuden übernehmen. Die
368 Pflege von Straßenrandflächen soll landesweit im Sinne des Artenschutzes optimiert
369 werden.

370 Wir unterstützen die Idee des "Urban Gardening" und "Urban Farming". Durch
 371 gemeinschaftliches Gärtnern und Bewirtschaften wird wieder ein Stück Natur sowie
 372 Wissen über die Erzeugung von Lebensmitteln in die Stadtgeholt.
 373 Die Kleingartenvereine leisten mit ihrer Zusammenarbeit mit Schulen und der
 374 Integration von Migrant*Innen hier einen hervorragenden Beitrag, den wir auch
 375 weiter unterstützen wollen.

376 **Vom Müll zum wertvollen Grundstoff**

377 Ressourcenschutz heißt neben sparsamem Umgang mit natürlichen Rohstoffen auch, viel
 378 von dem wiederzuverwerten, was wir wegwerfen. Entscheidend ist, dass wir möglichst
 379 wenig frische Rohstoffe verwenden. Wir wollen viel mehr Stoffe aus Haushalten,
 380 Gewerbe, Handel, Landwirtschaft oder Industrie, die nur scheinbar nicht mehr
 381 benötigt werden, zumindest zur Rückgewinnung von Rohstoffen nutzen. Dafür brauchen
 382 wir ein Wertstoffgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir werden uns von
 383 Schleswig-Holstein aus beim Bund dafür einsetzen, weil es unser Wunsch ist, die
 384 Müllverbrennung zu minimieren und unsere Atmosphäre nicht mehr weiter als
 385 unsichtbare Müllhalde zu missbrauchen.

386 **Umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung**

387 Für uns GRÜNE ist wichtig, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das
 388 Land soziale Standards und Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Wir werden
 389 die guten Ansätze, die es bereits in der Landesbeschaffungsordnung gibt, auf ihre
 390 nachhaltige Wirkung überprüfen und bei Bedarf nachsteuern.

391 **Umwelt@Digital**

392 Im Rahmen einer Open-Data-Strategie ist es unser Ziel, alle Umweltdaten
 393 (Wasserqualität, Allergie-auslösende Pflanzen, Belastungen usw.) in
 394 maschinenlesbaren Formaten für die Öffentlichkeit bestmöglich nutzbar zu machen.

395 Auch die Informationstechnologie muss effizienter werden. Wir werden uns dafür
 396 einsetzen, nicht nur den Stromverbrauch zu reduzieren – etwa durch Rechenzentren,
 397 deren Abwärme genutzt wird oder durch digitale Wartungs-, Steuerungs- und
 398 Regeltechnik. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle Rohstoffe entlang der
 399 IT-Wertschöpfungskette im Rahmen einer Green-IT-Strategie in den Blick genommen
 400 werden.

401 Wir wollen Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote in ihrem Interesse
 402 für Natur fördern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk aus
 403 Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufzubauen ist.

404 **Auf den Punkt**

- 405 • *Wir werden* eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und
 406 zur Reduzierung der Flächenversiegelung in Schleswig-Holstein erarbeiten,
- 407 • eine weitere Integrierte Naturschutz-Station in der Holsteinischen Schweiz
 408 errichten,
- 409 • mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ das Schutzgebiets- und
 410 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weiterentwickeln,
- 411 • mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz" ein Pestizid- und Düngekataster als
 412 Open Data anlegen,

- 413 • die Munitionsaltlasten in den Meeren weiter erfassen sowie alternative
- 414 Bergungstechnologien erforschen und einsetzen,
- 415 • Stadtbegrünung in Städtebauförderungsprogramme aufnehmen.

416 **Agrarwende / Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist ertragreich**
 417 **und wettbewerbsfähig mit Umweltschutz und gesunden**
 418 **Lebensmitteln**

419 Wir leben in Schleswig-Holstein in einer Natur- und Kulturlandschaft. Bäuerliche
 420 Strukturen prägen unser Land. Rund 70 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich
 421 genutzt. Mit unserer Agrarpolitik erhalten wir diese einmalige Landschaft und geben
 422 den Bäuer*innen eine wirtschaftliche Perspektive.

423 Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft ist Ziel unserer Politik. Die
 424 Bäuer*innen der Zukunft erzeugen hochwertige Lebensmittel, sichern die
 425 Artenvielfalt, schonen unsere Gewässer, bringen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in
 426 den ländlichen Raum und stellen Flächen für Windparks und Dachflächen für
 427 Solaranlagen zur Verfügung, die wir für die Energiewende benötigen.

428 Soweit auf Landesebene möglich, wollen wir die Grundsätze der guten fachlichen
 429 Praxis für unsere Landwirtschaft weiterentwickeln.

430 Unser Ziel ist dabei eine standortangepasste, den Boden und die Gewässer schonende
 431 Bewirtschaftung. Diese und weitere Mindeststandards müssen auf der gesamten
 432 landwirtschaftlichen Fläche eingehalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich
 433 alle an das bestehende Agrarumweltrecht halten. Wir werden die Einführung der
 434 Pestizidsteuer und Stickstoffabgabe als wirksame Lenkungsinstrumente für die
 435 landwirtschaftliche Erzeugung voranbringen.

436 **Faire Preise für gute Nahrungsmittel**

437 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
 438 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Die systembedingte Exportorientierung
 439 vieler Landwirte vor allem bei Fleisch- und Milchprodukten macht die Märkte bei uns
 440 und weltweit kaputt. Die Milchkrise ist nur ein aktuelles Beispiel dafür. So kommen
 441 bäuerliche Betriebe in Existenznot. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das
 442 Kartellrecht nicht aus. Dafür brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite
 443 allgemeinverbindliche Maßnahmen die Menge an die Nachfrage der Märkte anzupassen.
 444 Wir streben eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der Landwirtschaft, im
 445 Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer Familien
 446 an. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl sowie Arbeitsplatzqualität
 447 können langfristig nur über auskömmliche Preise sichergestellt werden.

448 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.235: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

449 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
 450 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Diese Ausrichtung führt zu einer
 451 Abhängigkeit von sogenannten Weltmarktpreisen, die den Begriff des „Marktes“, der
 452 ja auch freie Marktteilnehmer voraussetzt, aushöhlt. Eine einseitige Politik der
 453 Exportorientierung macht die Märkte bei uns und weltweit kaputt und drückt
 454 bäuerliche Betriebe an die Wand. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl
 455 sowie Arbeitsplatzqualität können langfristig nur über auskömmliche Preise erbracht
 456 werden. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das Kartellrecht nicht aus. Dafür
 457 brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite allgemeinverbindliche Maßnahmen die
 458 Menge an die Nachfrage der Märkte an zu passen. Wir streben mit verschiedenen
 459 Maßnahmen eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der in der Landwirtschaft

460 und im Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer
461 Familien an.

462 **Europäische Gelder für das Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft**

463 Der ökologische Landbau ist unser Leitbild für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.
464 Ökologischer Landbau ist Kreislaufwirtschaft. Sie ist ausgerichtet auf den Erhalt
465 der biologischen Vielfalt, auf eine stabile Regionalentwicklung und die Vermeidung
466 von Landflucht, auf die nachhaltige Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, die
467 Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen und des Klimaschutzes. Europäische
468 Fördergelder sollen künftig einen Anreiz geben, dass sich die konventionelle
469 Landwirtschaft systematisch ökologisiert.

470 Die Agrarpolitik ist europäisch gestaltet. Trotzdem gibt es vielfältige
471 Möglichkeiten regional zu steuern. Unser Leitsatz heißt: öffentliche Gelder für
472 öffentliche Leistungen .Das gilt sowohl für den Naturschutz als auch für Boden- und
473 Gewässerschutz, faire soziale Verteilung als auch für Tierwohl und die Entwicklung
474 der ländlichen Räume So werden wir in der laufenden EU-Haushaltsperiode bis 2020/22
475 in Bundessrat und Agrarministerkonferenzen darauf drängen, alle Möglichkeiten der
476 Europäischen Union wahrzunehmen, um die Gelder auf nationaler Ebene umzuschichten.
477 Dazu gehören die Umwidmung von 15 Prozent – statt bisher 5 Prozent – der Mittel in
478 die zweite Säule der ländlichen Entwicklung sowie Degression und Obergrenzen bei
479 den Direktzahlungen. Solange es Direktzahlungen gibt, müssen sie an eine wirksamere
480 ökologische und soziale Qualifizierung gebunden sein.

481 Wir werden für den ökologischen Landbau die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung
482 auf hohem Niveau fortsetzen und – soweit rechtlich möglich – die Beteiligung an
483 zusätzlichen Agrarumweltmaßnahmen zulassen. Nach finanziellen Kräften werden wir
484 Agrarumweltmaßnahmen ausbauen und daran arbeiten, dass für die teilnehmenden
485 Betriebe auch eine Gewinn- und Risikokomponente bei der Förderung einfließen kann.
486 Mit Programmen zu vielfältigen Fruchtfolgen ist auch zukünftig der Anbau von
487 Eiweißpflanzen wie Lupine, Bohne und Erbse als Alternative zum Gensoja
488 voranzutreiben.

489 Wir streben noch in dieser Förderperiode eine weitere Umschichtung der europäischen
490 Mittel an, um handwerkliche Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der
491 jeweiligen Region auszubauen.

492 Die Förderung der Beratung aus EU Mitteln wollen wir insbesondere für den
493 Ökolandbau fortzusetzen. Das "Netzwerk Ökolandbau" soll nach Abschluss der
494 Projektphase fest etabliert werde. Damit soll die Vernetzung der Akteur*innen in
495 der ökologischen Produktionskette zu einem „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“
496 unter Einbeziehung der Wissenschaft weiter ausgebaut werden.

497 **Ökolandbau als Bestandteil der Ausbildung zum Landwirt**

498 Hoch- und Fachhochschulen müssen sich auf die neuen wirtschaftlichen, ökologischen
499 und sozialen Anforderungen an die Landwirtschaft und die Lebensmittelketten
500 einstellen. Angehende Landwirt*innen sollen grundlegende Kenntnisse der
501 ökologischen Wirtschaftsweise erlernen. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist
502 der Ökolandbau als prüfungsrelevanter Baustein im Lehrplan zu verankern. Darüber
503 hinaus streben wir an, für mindestens ein Ausbildungsjahr eine Fachklasse
504 "ökologischer Landbau" einzurichten. Um den Herausforderungen der kommenden
505 Jahrzehnte gerecht zu werden, muss Ökolandbau auch in der Fachlehrer*innenaus- und
506 Fortbildung an Bedeutung gewinnen.

507 Mehr grüne Wiesen und Weiden für unsere Landschaft

508 Grünland und die Beweidung vieler Flächen gehören traditionell zum Bild des Landes
509 zwischen den Meeren. Das ist nicht nur gut für das Tierwohl, die

510 Lebensmittelqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Es ist auch eine
511 wichtige Basis für Einkommen und Tourismus. In der vergangenen Legislatur haben wir
512 ein Dauergrünlanderhaltungsgesetz geschaffen und altes Grünland auch im
513 Landesnaturschutzgesetz geschützt. Seitdem steigt der Anteil von Wiesen und Weiden
514 wieder in Schleswig-Holstein, der Maisanbau ist um ein Achtel zurückgegangen. Diese
515 Tendenz wollen wir weiter absichern. Denn Grünland hat eine wichtige Funktion als
516 Kohlenstoffsenke, für den Wasserhaushalt und für die biologische Vielfalt.

517 Mit Agrarumweltmaßnahmen wollen wir nicht nur eine neue Vielfalt auf den Acker
518 bringen und die Qualität von Grünland für den Natur- und Artenschutz steigern. Dem
519 starken Abbau von als Dauergrünland bewirtschafteten Mooren kann kurzfristig durch
520 geeignete Managementmaßnahmen wie höhere Wasserstände begegnet werden. Wir streben
521 dazu Vereinbarungen mit den Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an. Die
522 getroffenen Zielvereinbarungen mit den Wasser- und Bodenverbänden zur
523 Gewässerunterhaltung werden wir kritisch prüfen und weiter entwickeln.

524 Wir wollen Grünland durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen wieder in Wert setzen
525 und den Anteil im Land erhöhen. Dem starken Abbau von Mooren, die als Dauergrünland
526 bewirtschaftet werden, werden wir kurzfristig durch geeignete Managementmaßnahmen
527 wie höhere Wasserstände begegnen. Wir streben dazu Vereinbarungen mit den
528 Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an.

529 Bauernhöfe sichern – keine Privilegien für Tierfabriken

530 Viele Landwirt*innen sind der Logik der immer billigeren Produktion und des „Wachse
531 oder Weiche“ gefolgt und haben auf immer größere Stallanlagen gesetzt, um die
532 Produktionskosten zu reduzieren. In Folge dessen mussten bereits viele kleine
533 Betriebe aufgeben, die Viehhaltung konzentriert sich in immer weniger immer
534 größeren Betrieben. Das zerstört nicht nur Existenzen und die Struktur einer
535 bäuerlichen Landwirtschaft, sondern hat auch Konsequenzen für Umwelt- und Tierwohl
536 und führt zu regionalen Ungleichgewichten bei der Verteilung der Viehhaltung im
537 Land.

538 Durch die konzentrierten Emissionen kommt es zu Umweltproblemen und bei
539 systembedingtem Medikamenteneinsatz zur Bildung von multiresistenten Keimen. Diese
540 Fehlentwicklung wird möglich durch Importe billiger Futtermittel, eine
541 unzureichende Düngeverordnung, ein unzulängliches Tierschutzrecht sowie aufgrund
542 fehlender verpflichtender Kennzeichnung für Verbraucher*innen über die Art der
543 Erzeugung.

544 Wir setzen uns für eine flächengebundene Tierhaltung ein und haben durch Maßnahmen,
545 wie den Filtererlass, landespolitische Spielräume genutzt. Verbesserungen im
546 Baurecht wurden durch unseren beharrlichen Druck auf Bundesebene erreicht. Wir
547 treten weiterhin dafür ein, dass große Stallanlagen, die nach dem
548 Bundesimmissionschutzrecht genehmigt werden müssen, nicht länger privilegiert
549 gebaut werden dürfen, sondern nur mit kommunaler Beteiligung über ein öffentliches
550 B-Plan-Verfahren.

551 Mit Initiativen im Verbraucherrecht, Immissionsrecht, Tierschutzrecht und Baurecht
552 wollen wir die Benachteiligung bäuerlicher Erzeugung gegenüber Agrarfabriken
553 beseitigen. Investitionsförderprogramme konzentrieren wir auf innovative
554 tiergerechte und ökologische Projekte. Dabei sollen auch Umbaulösungen im Bestand

555 besonders berücksichtigt werden.

556 _
 557 Einrichtung einer Expert*innenkommission zur Überwindung der industriellen
 558 Massentierhaltung
 559 Wir werden eine Enquete-Kommission zur Überwindung der industriellen
 560 Massentierhaltung sein. In enger Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, ProVieh, den
 561 Naturschutzverbänden und anderen soll der Weg für einen langfristigen Ausstieg
 562 geplant werden.

563 **Lernen auf dem Bauernhof**

564 Bauernhöfe können mehr sein als Orte der Nahrungsmittelproduktion. Schüler*innen
 565 sollen im Unterricht lernen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Zum Schuljahr 2017
 566 haben wir ein entsprechendes Schulprogramm eingeführt, mit dem Grundschulkindern
 567 erfahren, woher die Lebensmittel kommen. In der nächsten Wahlperiode wollen wir das
 568 Programm zum Erfolg führen. Dafür ist die Beteiligung der Verbände und
 569 Institutionen aus Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz, Verbraucher*innen und Kirchen
 570 erforderlich.

571 Unsere Kinder kommen in Kindertagesstätten und Schulen nur noch selten mit frischen
 572 saisonalen Lebensmitteln aus der Region in Kontakt. Mit der Möglichkeit einer
 573 Teilnahme am EU-Schulobst-, Gemüse- und Milchprogramm werden wir besonders in
 574 sozialen Brennpunkten Impulse für die Ernährungsbildung setzen.

575 Für eine regionale und ökologisch ausgewogene Schul- und Kitaverpflegung gibt es
 576 viele Beispiele in Schleswig-Holstein. Diese Projekte unterstützen wir weiter.

577 **Am besten regionale und ökologisch erzeugte Produkte**

578 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und den
 579 zwingend notwendigen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten,
 580 unsere Essgewohnheiten zu ändern. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss
 581 darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung
 582 von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und
 583 die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden
 584 durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie man
 585 sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen
 586 und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 587 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 588 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 589 Kantinen.

590 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.75: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

591 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 592 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 593 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 594 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 595 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 596 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 597 Essverhalten mit verursacht. Wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in
 598 Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 599 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 600 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 601 Kantinen

602 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.74: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

603 Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt
 604 passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das
 605 Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen
 606 (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden massiv durch unser
 607 Essverhalten mit verursacht. Insbesondere der hohe Konsum von Fleisch, aber auch
 608 tierischer Produkte insgesamt, treibt diese Problematiken mit an.
 609 Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu ernähren hat. Aber wir wollen
 610 Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und
 611 regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.

612 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.32: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

613 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 614 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 615 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 616 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 617 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 618 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 619 Essverhalten mit verursacht. Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu
 620 ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und
 621 Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 622 einzusetzen.

623 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen. Tonnen
 624 produzierte Lebensmittel mit einem Gegenwert von 22 Milliarden. Euro werden jedes
 625 Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch
 626 ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
 627 Lebensmittelverschwendung initiieren. Das Ziel: eine bundesweite Regelung in
 628 Supermärkten und entlang der Lebensmittelkette zu etablieren.

629 **Schleswig-Holsteins Äcker bleiben gentechnikfrei**

630 Dass unsere Landwirtschaft und die bei uns erzeugten Nahrungsmitteln frei von
 631 Gentechnik sind, ist ein großer Standortvorteil für Schleswig-Holstein. Um dies
 632 abzusichern, brauchen wir neben strengeren europäischen Regeln wirksame
 633 bundeseinheitliche Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen. Wir fordern
 634 eine Änderung der EU-Verordnung, damit Gentechnik im Futter verbindlich
 635 gekennzeichnet wird.

636
 637 Wie wollen in Land, Bund und EU hinwirken auf ein Importverbot in die EU von
 638 genmodifizierten Getreidearten und Leguminosen, die mittels Glyphosat angebaut
 639 werden.

640 **Honigbienen und Wildbienen – wir brauchen sie**

641 Imker*innen tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zur Sicherung unserer
 642 Nahrungsgrundlagen und zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die
 643 Bestäubungsleistung von Bienen, aber auch von anderen Insekten, ist zum Erhalt der
 644 Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch
 645 Pestizideinsatz und Monokulturen sind sie viel anfälliger für Krankheitserreger
 646 geworden. Die Bestände von Blütenbestäubern sind mit Hilfe von Forschungsprojekten
 647 und der Änderung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu sichern. Die
 648 Landesverbände der Imker*innen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und
 649 Fortbildung. Sie haben auch in Zukunft unsere Unterstützung.

650 Wir wollen mit einem Artenschutz-Sofortprogramm dem Aussterben von Wildbienen und
 651 andere blütenbesuchende Insekten entgegenreten. Durch dauerhafte Blühstreifen und
 652 dem Erhalt von Lebensräumen von Wildbienen soll der Artenschwund gestoppt werden.

653 **Wir unterstützen „Pionier*innen“ und ihre Ideen für den ländlichen Raum**

654 Schleswig-Holstein besteht zu mehr als 90 Prozent aus ländlichem Raum und ist nicht
 655 nur für Landwirt*innen Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt. Er prägt unsere
 656 Landschaft und bietet uns allen eine einmalige Lebensqualität. Der ländliche Raum
 657 ist auch Heimat für viele Menschen, die mit ihren Kindern ins Grüne gezogen sind
 658 und dafür zur Arbeit in die Städte pendeln. Im ländlichen Raum sind regionale
 659 Wertschöpfung, landwirtschaftliche Betriebe, kompetentes Handwerk, kleine
 660 Unternehmen und Tourismusbetriebe zu Hause.

661 Wichtig sind intakte Strukturen und Beziehungen zwischen Dörfern und Städten, eine
 662 ausreichende Daseinsvorsorge und Freiräume für Menschen, die mit neuen Ideen ihr
 663 Dorf, ihre Region entwickeln wollen. Die gute Anbindung mit Bus und Bahn,
 664 breitbandigem Internet, sowie eine Grundversorgung mit Geschäften, Ärzten und
 665 Schulen muss gewährleistet sein. Dann können sich ländliche Räume dynamisch und
 666 vielfältig entwickeln. Hier ist Mitsprache der Bürger*innen auch im Ehrenamt, in
 667 Vereinen und Kommunen besonders gefragt. Dafür stehen Aktivregionen und integrierte
 668 ländliche Entwicklungsprojekte.

669 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Markttreffs und Existenzgründerinitiativen
 670 eröffnen neue Perspektiven. Da gehen Menschen neue Wege, um Einfluss auf die
 671 Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu
 672 entfalten. Wir unterstützen diese Bewegungen.

673 **Landwirtschaft und ländlicher Raum@Digital**

674 Die Digitalisierung hat die Landwirtschaft längst erreicht. Sie ist in
 675 Teilbereichen bereits eine der meist digitalisierten Wirtschaftsbereiche.
 676 Digitalisierungen und sogenanntes „Smart Farming“ sind Betriebshilfsmittel, die
 677 sich in der Landwirtschaft unabhängig von der Betriebsgröße entwickeln. Es wird
 678 auch darum gehen bei den Angeboten die Spreu vom Weizen zu trennen. Die
 679 Digitalisierung kann ein wichtiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer effizienten und
 680 damit ressourcenschonenden Produktion sein. Sie kann die konventionelle
 681 Landwirtschaft umweltverträglicher machen und im ökologischen Landbau eine wichtige
 682 Hilfe zu seiner Entwicklung sein. Hinzu kommt die Verbesserung der
 683 Arbeitsplatzqualität.

684 Wir wollen zusammen mit der Landwirtschaftskammer die bestehenden Beratungsangebote
 685 zielgerichteter gestalten. Landwirt*innen brauchen vor allem Rat und Information,
 686 um bei den Angeboten zum „Smart Farming“ die Spreu vom Weizen trennen zu können.
 687 „Smart Farming“ ist ein Baustein, der sich unabhängig von der Betriebsgröße
 688 etablieren sollte. Forschung zu „Smart-Farming“ begrüßen und unterstützen wir.

689 Digitalisierung bietet die Chance, Standortnachteile im ländlichen Raum zu
 690 kompensieren. Hierzu zählen Telemedizin, Fortbildung oder bessere Vernetzung. Dies
 691 ist gerade angesichts des demografischen Wandels wichtig. Wir wollen die Aktiv-
 692 Regionen nutzen, um gemeinsam mit den Kommunen Musterprojekte für
 693 Digitalisierungsstrategien zu entwickeln.

694 **Auf den Punkt**

- 695 • *Wir werden ein „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“ unter Einbeziehung der*
- 696 *Wissenschaft einrichten*

- 697 • Ausbildung verbessern und eine Fachklasse ökologischer Landbau einrichten,
- 698 • Weitere europäische Mittel für Umwelt und Tierschutz einsetzen,
- 699 • das Lebensmittel-Schulprogramm zum Erfolg führen,
- 700 • in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte
- 701 bevorzugt einsetzen
- 702 • ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung auf Bundesebene anstoßen,
- 703 • die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen.

704 **Tierschutz / Für das Wohl der Tiere in Landwirtschaft und**
 705 **Haushaltung**

706 Einführung des Verbandsklagerechts, Initiative für Verbot der Pelztierzucht,
 707 Möglichkeit von Kastrationsverordnungen für Katzen auf Gemeindeebene, Initiativen
 708 zur Weidehaltung: Wir haben beim Tierschutz viel erreicht.

709 Zunehmend fordern Verbraucher*innen gute Haltungsbedingungen für Tiere. Mit dem
 710 Gutachten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zur Zukunft der
 711 Nutztierhaltung wurden unsere langjährigen Initiativen bestätigt: Eine bessere
 712 Tierhaltung ist dringend geboten.

713 Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der tierartgerechten und
 714 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung ein und fördern die Umstellung auf eine
 715 tierfreundliche ökologische Landwirtschaft.

716
 717 Wir werden dafür insbesondere die Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten
 718 überprüfen. Wir wollen Hilfen für das Konfliktmanagement weiter etablieren und
 719 durch Änderungen im Bundestierschutzgesetz werden wir insbesondere
 720 Ausnahmetatbestände weitgehend abbauen

721 Kastenstände für Sauen sowie ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern gehören ebenso
 722 verbannt wie Schnabelkürzen und Schwanzamputationen. Das betäubungslose Kastrieren
 723 von Lämmern, Kälbern und Ferkeln muss beendet werden. Wir werden uns für eine
 724 anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten
 725 einsetzen.

726 Tierschutz ist eine zentrales Anliegen der GRÜNEN. Tierschutz beinhaltet
 727 selbstverständlich auch, Tieren unnötiges Leid zu ersparen. Nicht erst durch die
 728 Änderung bzw. Erweiterung des Grundgesetzes um das Staatsziel Tierschutz sind wir
 729 dazu verpflichtet Tiere in Ihrer Mitgeschöpflichkeit zu achten und ihnen
 730 vermeidbare Leiden, auch bei der Schlachtung, zu ersparen.

731 Aber Tierwohl ist noch mehr. Die Wahl von geeigneten Rassen und ein Umsteuern in
 732 der Zucht ist notwendig. Statt Höchstleistung muss Lebensleistung und somit die
 733 Gesundheit der Tiere im Mittelpunkt stehen. Das führt auch zu einer Reduktion des
 734 Medikamenteneinsatzes. Der vorbeugende Einsatz von Antibiotika und die Anwendung
 735 von Reserve-Antibiotika (Medikamente, die für die Behandlung von Menschen gegen
 736 resistente Keime zurückgehalten werden) muss unterbunden werden.

737 Auslauf und Weidehaltung sollten bei allen Tierhaltungen vorgebracht werden. Wir
 738 unterstützen Landwirt*innen dabei, ihre Stallungen für mehr Platz pro Tier und das
 739 Tierwohl umzubauen. Für offene Stallsysteme sind tragfähige Lösungen im
 740 Baugenehmigungsverfahren zu finden.

741 Bei den Haustieren unterstützen wir die bundesweite Registrierung von Hunden und
742 Katzen in einem Haustierregister. Der illegale Welpenhandel sowie der
743 Internethandel und die Verkaufsbörsen von allen Heimtieren, insbesondere der
744 Terrarientiere, sollte in derzeitiger Form unterbunden werden. Bei Tieren im
745 sozialen Einsatz wollen wir einen entsprechenden Sachkundenachweis etablieren.

746 Immer mehr Tiere werden in Tierheimen abgegeben oder ausgesetzt. Tierheime sind
747 zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir werden uns für eine ausreichende
748 Finanzierung der Tierheime einsetzen.

749 Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass keine Wildtiere im Zirkus
750 auftreten dürfen. Die beschlossene Bundesratsinitiative gilt es umzusetzen. Auf
751 landeseignen Flächen werden wir keine Zirkusse mit Wildtieren zulassen und mit den
752 Kommunen ausloten, wie sie den Tierschutz vor Ort verbessern können.

753 Weniger Tierversuche an den Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein –
754 das ist unser Vorhaben. Wir setzen uns stattdessen für den Ausbau alternativer
755 Methoden ein. Studierenden, die aus ethischen Gründen die Durchführung von
756 Tierversuchen ablehnen, darf deswegen nicht ihr Abschluss verwehrt werden. Die
757 Genehmigungsverfahren für Tierversuche müssen überarbeitet werden.

758 Auf Landesebene werden wir mit allen Beteiligten den „Runden Tisch Tierwohl“ in
759 Schleswig-Holstein beibehalten und so im Konsensverfahren weitere Verbesserungen
760 bei der Tierhaltung voranbringen. Wir streben auch die Einrichtung eines
761 Landestierschutzbeauftragten an.

762 Der Tierschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein zeigt die Situation der
763 Tierhaltung auf. Leider erwächst aus Erkenntnissen dieses Berichtes nicht
764 zwangsläufig ein besseres Verhalten der Tierhalter im Sinne des Tierwohls. Nach wie
765 vor gibt es Massentierhaltungen auch in unserem Bundesland und die Würde des Tieres
766 als Kreatur spielt hier gegenüber dem Gewinn oft eine untergeordnete Rolle.

767 Wegen Personalmangel bei den Kontrollen können nur eine ungenügende Anzahl an
768 Stichproben durchgeführt, geschweige eine nachhaltige Beratung angeboten werden.
769 Wir streben eine verbesserte Situation der finanziellen und personellen Ausstattung
770 der unteren Veterinärbehörden an. Dieses würde nicht nur dem Tierschutz zu Gute
771 kommen, sondern auch den landwirtschaftlichen Betrieben in Sachen Bratung bei
772 Fällen wie der Vogelgrippe.

773 Die Amtsveterinäre stehen teilweise schwierigen Situationen gegenüber. Deshalb
774 sollten Angebote in der Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement und auch
775 Seuchenschutz zur Verfügung gestellt werden.

776 Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe haben höchste Priorität, um im Vorfeld
777 Tierleid vorzubeugen. Jedoch werden immer wieder Betriebe entdeckt, die entgegen
778 dem Gesetz handeln. Tierquälerei muß konsequent verfolgt und sanktioniert werden.
779 Deshalb sehen wir die Einrichtung von Schwerpunkts Staatsanwaltschaften mit
780 speziell ausgebildeten Richtern und Staatsanwälten als geboten.

781 Maßgebend für die Haltung von Tieren ist das Bundestierschutzgesetz. In diesem
782 jedoch wird z.B. in § 5 und 6 erklärt, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen
783 Eingriffe am Tier, wie Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Kastrieren von
784 männlichen Ferkeln ohne Betäubung, erlaubt sind. Paragraphen die explizit so etwas
785 aufzeigen repräsentieren keinen Tierschutz, sondern zeigen auf, wann Tierquälerei
786 erlaubt ist. Wir sehen eine Novellierung des Bundestierschutzgesetzes als zwingend
787 erforderlich

788 **Auf den Punkt**

- 789 • *Wir werden* uns für den Ausbau einer tierartgerechten und
- 790 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung einsetzen, mit Auslauf und
- 791 Weidehaltung,
- 792 • eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und
- 793 Puten auf den Weg bringen,
- 794 • für ein bundesweites Haustierregister für Hunde und Katzen eintreten,
- 795 • Tierheime finanziell unterstützen,
- 796 • uns für einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen.
- 797 • Ausstattung, Konfliktmanagement und Struktur der Tierschutzaufsicht
- 798 verbessern und das Bundestierschutzgesetz reformieren.

799 **Verbraucher*innen-Politik / Echte Wahlfreiheit gibt es erst**
 800 **durch Information und Transparenz**

801 Verbraucher*innenpolitik steht im Zentrum einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik.
 802 Ein Kernanliegen grüner Politik ist die Stärkung der Verbraucher*innen. Eine freie
 803 Entscheidung setzt voraus, dass wir wissen, was wir konsumieren. Die
 804 Verbraucher*innen erwarten Transparenz, Aufklärung und Kennzeichnung von Produkten,
 805 wie zum Beispiel die „Lebensmittel-Ampel“ oder produktbezogene „CO₂-Fußabdrücke“.
 806 Gesundheit und Interessen von Verbraucher*innen müssen Vorrang haben gegenüber
 807 wirtschaftlichen Interessen von Versicherungen, Banken, Teleanbietern,
 808 Energiewirtschaft, Autokonzernen, Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen.

809 **Standorte der unabhängigen Verbraucherzentralen sichern**

810 Zur Stärkung des Verbraucher*innenschutzes werden wir uns auf Landes- wie auf
 811 Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen. Wir fordern und fördern
 812 eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft, um die Finanzierung einer
 813 unabhängigen Verbraucherarbeit abzusichern. Lange überfällig ist, dass der Bund die
 814 Strafen aus Kartellverstößen für die Verbraucherarbeit bereitstellt.

815 Wir setzen uns im Land für eine auskömmliche Finanzierung der laufenden Arbeit und
 816 der neuen Herausforderungen der Verbraucherzentrale ein. Dazu gehört auch der
 817 Erhalt ihrer Standorte in Schleswig-Holstein

818 Verbraucherbildung in den Schulen ist eine Basis für kluges Verbraucherverhalten.
 819 Eine Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit der Lehrerausbildung in diesem Fach
 820 bei uns im Land.

821 **Die Verbraucher*innen möchten wissen, woher ihr Essen kommt**

822 Bewusste Konsumententscheidungen setzen Transparenz voraus.

823 Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache
 824 gesetzliche Haltungskennzeichnung für Milch und Fleisch – wie beim „Ei mit der
 825 Drei“ – gibt. Wird eine bundeseinheitliche Regelung weiter verschleppt, werden wir
 826 die Einführung einer Hygiene-Ampel im Land, nach dem Vorbild von Dänemark und
 827 Nordrhein-Westfalen, prüfen.

828 Um den Anforderungen des globalen Lebensmittelhandels besser gerecht zu werden,
 829 wollen wir das bestehende System der Lebensmittelüberwachung ausweiten und
 830 effizienter gestalten. Es gilt, die Organisationsstrukturen im Land und in der

831 Zusammenarbeit von Bund/Ländern/Europa zu optimieren. Gebühren und Kontrollen
 832 müssen so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer zusätzlichen
 833 Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelverarbeiter*innen
 834 und Anbieter*innen führen. Wir werden, wie in den vergangenen Jahren, unser
 835 Landeslabor weiter stärken.

836 **Verbraucher*innenschutz@Digital**

837 Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und
 838 Missbrauch persönlicher Daten geschützt zu sein. Automatisierte Kundenprofile
 839 dürfen nur im vorher definierten Umfang digital erstellt und nur zweckgebunden nach
 840 fairen Regeln verwendet werden. Verbraucher*innen müssen eine echte, freie Wahl
 841 haben, auch ohne massenhafte Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten
 842 online und offline einzukaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
 843 Dafür müssen die strengeren Anforderungen aus der EU-Datenschutzgrundverordnung
 844 zügig umgesetzt werden.

845 **Auf den Punkt**

- 846 • *Wir werden* uns für den Erhalt der Standorte der Verbraucherzentralen in
 847 Schleswig-Holstein einsetzen,
- 848 • uns im Bund dafür einsetzen, dass die Produkthersteller an der Finanzierung
 849 einer unabhängigen Verbraucherarbeit beteiligt werden,
- 850 • uns für eine gesetzliche Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch stark
 851 machen.

852 **Klimaschutz / Schleswig-Holstein ist der deutschen** 853 **Energiewende zehn Jahre voraus. Wir bauen diesen Vorsprung aus**

854 Wir sind wahrscheinlich die letzte Generation, die den ungebremsten Klimawandel
 855 abwenden kann. Die ersten Vorboten sind längst da: Unwetter, Starkregen,
 856 Überschwemmungen, Dürren und Veränderungen in der Pflanzen- und Tierwelt. Auch der
 857 Anstieg des Meeresspiegels und die Versauerung der Ozeane sind eine Realität, die
 858 manche bis heute allen Ernstes abstreiten. Ihre Kurzsichtigkeit wird uns und unsere
 859 Kinder hart treffen.

860 Millionen Menschen auf der Flucht und politische Instabilität in vielen Regionen
 861 sind die globalen Konsequenzen, ausgelöst durch Wüstenausbreitung, Wassermangel,
 862 Hunger und Auseinandersetzungen um Rohstoffe. Noch haben wir es in der Hand, die
 863 Klimaziele von Paris zu erreichen: den Klimawandel auf deutlich unter 2 °C,
 864 möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Die Klimaschutzziele müssen nach den für dieses
 865 Ziel zur Verfügung stehenden CO₂-Budgets angepasst werden. Das wollen wir in
 866 Schleswig-Holstein anpacken. Es gilt aber auch für den Bund, denn der
 867 Klimaschutzplan 2050 von CDU und SPD reicht nicht für die Ziele von Paris.
 868 Gleichzeitig wollen wir den Atomausstieg sichern, als Vorbild für eine
 869 Energiepolitik ohne Kohle und Atom. Viele Länder schauen auf Deutschland mit der
 870 Frage: Gelingt dort die Energiewende ohne Verlust an Wohlstand und Lebensqualität –
 871 womöglich sogar mit einem Zuwachs? Leider hat die Bundesregierung in den letzten
 872 Jahren alles getan, um die Energiewende auszubremsen.

873 Als großes, exportorientiertes Industrieland hat Deutschland eine besondere
 874 Verantwortung. Wenn wir die Energiewende schaffen, können andere von unseren
 875 Erfahrungen profitieren. Schleswig-Holstein kann Vorreiter bei der Umsetzung sein.

876 **Energiewende mit Rücksicht auf Mensch und Natur**

877 Uns ist bewusst: Wir bewegen uns mit der Energiewende in einem ökologischen
878 Zielkonflikt. Energieerzeugung auch aus Wind und Sonne bedeutet Flächenverbrauch,
879 Leitungsbau, Geräuschbelastung und eine mögliche Gefährdung für Vögel oder
880 Fledermäuse. Jeder Windpark ist ein Eingriff in das Ökosystem – er beeinflusst
881 Mensch, Natur und Landschaftsbild.

882 Wir brauchen die Windenergie, um aus den fossilen Energieträgern Erdöl, Kohle, Gas
883 aussteigen zu können. Nutzen wir sie nicht, dann wird es wärmer und in den Städten
884 werden die Schadstoffemissionen stark steigen – mit allen Folgen. Wir haben für die
885 Planung der Windvorrangflächen mehr als 80 Kriterien zum Schutz von Mensch und
886 Natur aufgestellt. Es darf nicht in Naturschutzgebieten geplant werden, Abstände zu
887 Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten sind einzuhalten, bei Großvogelhorsten wurden
888 die Regelungen verschärft. Es gibt keine Umzingelung von Ortschaften. Die Abstände
889 von 400 Metern zu Wohnlagen im Außenbereich, 800 Metern zu Siedlungsflächen des
890 Innenbereichs halten wir für richtig. Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern
891 strengere Lärmschutzvorschriften in Kraft gesetzt, über ein Lärm-Messprogramm zur
892 Klärung umstrittener Fragen beigetragen, Erleichterungen für Windräder ohne das
893 nächtliche Blinken erlassen und in vielen Veranstaltungen den Dialog mit den
894 Menschen im Land gesucht. Wir respektierten immer den Gemeindewillen, aber das
895 Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom Januar 2015, das die
896 Teilfortschreibung der Regionalpläne für Windeignungsgebiete für unwirksam
897 erklärte, macht dies jetzt unmöglich. Auch Messungen von Infraschall haben wir
898 veranlasst und gründlich geprüft mit dem Ergebnis, dass bei den derzeitigen
899 Planungsgrundsätzen keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu befürchten sind.

900 Auch in Zukunft achten wir auf den Ausgleich der Interessen von Wirtschaft, Mensch
901 und Natur beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch wir wissen auch: Der Schaden
902 an Mensch und Natur durch Kohle und Atom ist ungleich größer – eine Güterabwägung
903 unumgänglich.

904 **Die Energiewende weitertragen in den Verkehr und zur Wärmeerzeugung**

905 In Schleswig-Holstein haben wir den Netzausbau zusammen mit den Bürger*innen
906 beschleunigt. In der nächsten Wahlperiode wollen wir ihn abschließen. Dann
907 verlagert sich der Netzengpass an die Elbe Richtung Süden.

908 Wir werden weiter Verantwortung übernehmen für einen zügigen und transparenten
909 Netzausbau mit optimaler Planung für Mensch und Natur. Dadurch wird der Stillstand
910 von erneuerbaren Anlagen wegen Netzengpässen schon bald zurückgehen. Zusätzlich
911 setzen wir uns für Speicherprojekte ein und wollen über intelligente Systeme den
912 Strom in der Region nutzen, anstatt Windräder abzuschalten.

913 Dennoch haben wir nicht zu viel erneuerbaren Strom. Denn auch der Wärmebedarf in
914 den Haushalten und der Industrie sowie der Energiebedarf für den Verkehr muss noch
915 mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Biomasse allein reicht bei weitem nicht.
916 Mit dieser Sektorenkoppelung fangen wir jetzt an. Sektorenkopplung bedeutet die
917 intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr.

918 **Dezentrale Energie für und mit den Bürger*innen**

919 Grüne Politik steht für Transparenz und Dialog. Doch Bürgerbeteiligung heißt nicht
920 nur Mitreden. Bürgerbeteiligung, Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen sind
921 Markenzeichen für Schleswig-Holstein. Sie stehen für eine dezentrale, mit den
922 Menschen vor Ort erzeugte Energie. Bevölkerung und regionale Wirtschaft profitieren
923 so von der erneuerbaren Energie. Gerade dezentrale Anlagen erleichtern die dringend
924 notwendige Kopplung der Wärmeerzeugung mit den erneuerbaren Energien. Dänemark hat

925 erfolgreich gezeigt, wie das geht mit dem Aufbau von lokalen Wärmenetzen und dem
926 Ende für neue Ölheizungen seit 2013 für Neubauten und 2016 auch im Bestand. Auch
927 wir wollen das Ende der Ölheizung, Ihr verbreiteter Einsatz ist mit den
928 Klimaschutzzielen nicht vereinbar. Bei Neubauten und Ersatz sollen Erneuerbare
929 Alternativen gewählt und weitgehend durchgesetzt werden.

930
931 Verlässliche Politik braucht Fristen und Zeit gerechte Ankündigungen, daher unser
932 Vorschlag: Ab 2020 dürfen keine Ölheizungen mehr im Neubau und ab 2025 im Bestand
933 montiert werden. Ausnahmen können nur in Bereichen ohne Zugang zu Gas- oder
934 Wärmenetzen und bei gleichzeitig baulich schwierigen Voraussetzungen für
935 Wärmepumpen oder z.B. Pelletheizungen ermöglicht werden. Wichtig ist die Gewinnung
936 auch der Kommunen, kommunale Wärmeversorgungskonzepte zu erarbeiten, damit eine
937 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Alternativen erreicht werden
938 kann. Dazu gehört die systematische Nutzung von Abwärme sowie der Ausbau der
939 Nahwärmenetze. Kümmerer vor Ort sind oft der Schlüssel für den Erfolg. Das Land
940 wird den Kommunen seine Expertise zur Verfügung stellen.

941 **Nach der Atomkraft jetzt auch zügig aus der Kohle aussteigen**

942 Die industrielle Revolution, die Erfindung von Auto, Computer und Smartphone lehren
943 uns: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. Einige haben wir forciert, so
944 den Atomausstieg durchgesetzt. Spätestens 2022 ist Schluss, in Schleswig-Holstein
945 sogar schon 2021. Dann ist Schleswig-Holstein atomfrei und wir haben schlagartig
946 wieder viel Platz in den Stromleitungen, den wir durch Erneuerbare decken werden.
947 Wir wollen jetzt bundesweit auch einen verbindlichen Pfad für den zügigen Ausstieg
948 aus der Kohle bis 2025 festlegen. Besonders dreckige Altmeiler müssen
949 schnellstmöglich vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt
950 abgeschaltet.

951 In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt, dass die Stromversorgung ohne Kohle und
952 Atom keine Utopie ist. Die Wissenschaft sagt uns: Um das Klima wirksam zu schützen,
953 muss Deutschland bis 2040 vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas
954 aussteigen. Entscheidend für die nächsten Jahre ist allerdings nicht, was wir 2050
955 diskutieren, sondern wie wir im Zeitraum von 2017 bis 2021 handeln. Eine schnelle
956 und großvolumige Abschaltung massiver Emissionsemittenten von Treibhausgasen ist
957 wichtiger, als das tatsächliche Ziel ein paar Jahre früher oder später zu
958 erreichen. Nur in die ferne Zukunft zu verweisen heißt, sich vor der Verpflichtung
959 zu drücken und alles der nächsten Politiker-Generation aufzubürden. Wir wollen uns
960 der Verantwortung heute stellen. Deshalb sind die Schritte bis zum Jahr 2025
961 entscheidend. Die Zielmarke von 37 Terawattstunden im Jahr 2025 erneuerbaren Stroms
962 kann Politik in der nächsten Legislaturperiode aktiv beeinflussen. Daran muss sie
963 sich messen lassen.

964 **Kein Fracking und kein CCS in Schleswig-Holstein**

965 Wir lehnen Fracking und die Entsorgung von CO₂ durch Verpressung in unterirdische
966 Lagerstätten (CCS – Carbon Capture and Storage) in Schleswig-Holstein auch
967 weiterhin entschieden und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen vor Ort ab.
968 Gegen CCS haben wir ein eigenes Landesgesetz geschaffen. Unkonventionelles Fracking
969 wird über Bundesrecht verhindert, Ausnahmen wird es in Schleswig-Holstein mit uns
970 nicht geben. Für konventionelles Fracking sehen unsere Geologen derzeit keinen
971 Ansatz in Schleswig-Holstein. Wir werden dennoch alle rechtlichen Möglichkeiten
972 nutzen, um jede Form von Fracking bei uns im Land zu verhindern und setzen uns auch
973 weiterhin für rechtssichere Lösungen auf Bundesebene ein.

974 **Effizienz – alles nutzen, um Energie zu sparen**

975 Auch in der nächsten Wahlperiode spielt Energieeffizienz eine zentrale Rolle. Mit
 976 dem wertvollen Strom aus erneuerbaren Energien können wir nicht so verschwenderisch
 977 umgehen, wie wir es uns angewöhnt haben. Wir unterstützen die Kommunen weiter,
 978 Projekte wie LED-Beleuchtung, Energiesparen in Haushalten und in der Industrie
 979 umzusetzen. Dabei gilt es, Contracting-Modelle zu nutzen, bei denen Firmen ebenso
 980 wie Kommunen ohne eigenes Risiko oder Kapital neue Effizienztechnologien erhalten
 981 können.

982 **Atomkraftwerke zurückbauen - Euratom-Vertrag kündigen**

983 Von den drei Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein liegen für Brunsbüttel und
 984 Krümmel sowie für den Forschungsreaktor in Geesthacht Anträge zum Rückbau vor. Ziel
 985 der nächsten Wahlperiode ist, dass auch Brokdorf bald vom Netz geht und für alle
 986 drei Atomkraftwerke der Rückbau beginnen kann. Dabei stehen wir für transparente
 987 Verfahren und frühe Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen. Wer Ja sagt zum
 988 Rückbau der Atomkraftwerke, muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

989 Dies gilt in erster Linie für die Betreiber, die sich heute versuchen aus der
 990 Verantwortung zu stehlen, aber auch für die notwendige Entsorgung von
 991 freigemessenem Bauschutt. Wir werden für lückenlose Kontrolle und Transparenz bei
 992 allen Verfahrensschritten sorgen.

993 Die Zwischenlager an den Atomkraftwerken dürfen nicht zu Endlagern werden. Wir
 994 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass möglichst bald mit den Planungen und der
 995 Umsetzung einer zentralen Zwischenlagerung hochradioaktiver Castoren für die Zeit
 996 spätestens nach Ablauf der Genehmigungen der jetzigen Zwischenlager (um 2045)
 997 begonnen wird.

998 Die Sicherheitsstandards der Überwachung von Atomkraftwerken werden mit uns auch
 999 nach dem Abschalten nicht gesenkt.

1000 Wir machen uns auch dafür stark, dass die Bundesregierung eine Ablösung des
 1001 Euratom-Vertrags erficht. Über diesen Kontrakt fließen nach wie vor gigantische
 1002 Subventionen in die Atomindustrie.

1003 **Energie@Digital**

1004 Ohne Digitalisierung wird die Integration von erneuerbaren Energien in ein
 1005 zukunftsfähiges Energiesystem nicht gelingen. Nötig sind neuartige Konzepte zur
 1006 Systemführung und Integration sowie die intelligente Verbindung von Erzeugung,
 1007 Verteilung, Speicherung und Verbrauch von Energie.

1008 Intelligente Stromnetze (Smart Grids) erleichtern es Energiekonsumenten bereits
 1009 heute, selbst Strom ins Netz einzuspeisen, den Transfer per App zu kontrollieren
 1010 und sich als sogenannte „Prosumer“ neue finanzielle Möglichkeiten auf dem
 1011 Energiemarkt zu eröffnen.

1012 Den Einbau intelligenter Zähler (Smart Meter) im privaten Bereich begrüßen wir,
 1013 wenn sie die Nutzung erneuerbarer Energie voranbringen und ein wirklich sinnvoll
 1014 nutzbares Preissignal an die Verbraucher*innen geben. Die Erfassung des
 1015 Stromverbrauchs darf dabei aber nicht dazu führen, dass die persönlichen
 1016 Lebensgewohnheiten der Verbraucher*innen ausforschbar werden. Wir setzen uns dafür
 1017 ein, dass intelligente Zähler in ihrem technischen Design und im häuslichen Einsatz
 1018 hohen Datenschutzerfordernungen genügen und der Kontrolle der Verbraucher*innen

1019 unterliegen. Wir wollen die Entwicklung und den Einsatz datenschutzfreundlicher
1020 Smart Meter im Land fördern.

1021 **Auf den Punkt**

- 1022 • *Wir werden* die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr,
1023 voranbringen,
- 1024 • die Interessen von Mensch und Natur beim Ausbaus der erneuerbaren Energien
1025 beachten,
- 1026 • bundesweit für einen verbindlichen Pfad für zügigen Kohle-Ausstieg eintreten,
- 1027 • neue Effizienztechnologien unterstützen,
- 1028 • konkrete Speicherprojekte auf den Weg bringen,
- 1029 • Stromnetze ausbauen,
- 1030 • Fracking und CCS in Schleswig-Holstein verhindern,
- 1031 • alle drei Atomkraftwerke zurückbauen
- 1032 • alles daran setzen, dass der Euratom-Vertrag aufgelöst wird.

1033 **Wirtschaft / Wir setzen auf Innovation und Nachhaltigkeit. So**
1034 **bringen wir Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in**
1035 **unser Schleswig-Holstein**

1036 Schleswig-Holstein ist durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt.
1037 Familienunternehmen zeichnen sich durch Denken über Generationen hinweg aus. Bei
1038 Startups handelt es sich hingegen um junge, noch nicht etablierte Unternehmen, die
1039 zur Verwirklichung einer innovativen Geschäftsidee mit geringem Startkapital
1040 gegründet werden und mit hoher Geschwindigkeit gesellschaftlichen Wandel einleiten
1041 können. Wir sehen beide als Partner*innen für eine nachhaltige
1042 Wirtschaftsentwicklung, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen Schritt für
1043 Schritt reduziert. Wir GRÜNE erkennen unsere Aufgabe darin, attraktive
1044 Rahmenbedingungen für die Einführung neuer Technologien, der Digitalisierung,
1045 flexibler Zeitarbeitsmodelle, guter Bildung und Ausbildung zu schaffen. Vom
1046 Handwerker bis zum Schiffsbauingenieur, ob an Uni, FH, Schule oder in der
1047 Ausbildung: Wir wollen, dass heute schon das Wissen für die Energiewende gelernt
1048 und erforscht wird und treten dafür in einen breiten Dialog ein (auch da, wo der
1049 Bund die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch schaffen muss). So soll ein neuer
1050 Aufbruchs- und Unternehmergeist in Schleswig-Holstein entfacht werden: das Land als
1051 Heimat für nachhaltige Start-Ups.
1052 Fachkräftesicherung ist Standortsicherung. Wir haben im Wettbewerb um die besten
1053 und klügsten Köpfe einiges zu bieten in Schleswig-Holstein.

1054 Nach den Ergebnissen der Glücksforschung leben in Schleswig-Holstein die
1055 glücklichsten Menschen in ganz Deutschland. Zufriedenheit und Glück hat viel mit
1056 Lebensqualität, unversehrter Natur, gutem Leben, guter Arbeit aber auch mit guter
1057 Politik zu tun. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Life-Balance und
1058 Geschlechtergerechtigkeit sind für uns wichtige Politikfelder, die auch der
1059 Wirtschaft nutzen.

1060 **Gemeinsam anders wirtschaften**

1061 Der Marktanteil von nachhaltigen Produkten wächst. Viele Verbraucher legen Wert
1062 darauf, dass Produkte fair erzeugt werden, klimagerecht und langlebig sind.

1063 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen
1064 Marktwirtschaft, die wir weiter unterstützen. Wir setzen dabei auf bekannte und
1065 neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien,
1066 solidarische Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu
1067 Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Sie bringen neue Ideen voran, bei
1068 denen die Wertschöpfung häufig regional und in Form von sozialen Dienstleistungen
1069 erbracht wird.

1070 Schleswig-Holsteins Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen, heißt auch auf die
1071 Frauen zu zählen und zwar nicht nur als sogenannte „Stille Reserve“ im Kampf gegen
1072 den Fachkräftemangel. Wir GRÜNE setzen uns für eine Umwertung des Begriffes Arbeit
1073 ein. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen auch soziale und
1074 pflegerische Tätigkeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sichkümmers (Carearbeit)
1075 fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.

1076 Wir setzen uns für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein, für gleiche Bezahlung
1077 für gleichwertige Arbeit und für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir
1078 gestalten die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend, wie
1079 z.B. durch eine gendergerechte Gestaltung von wirtschaftlichen Förderclustern
1080 zugunsten von Frauenarbeitsplätzen oder durch eine Stärkung von
1081 Gründerinneninitiativen sowie die Sicherung von "Frau und Beruf".

1082 Eine moderne Industriegesellschaft braucht Wissen und Innovation. Bereits heute
1083 gibt es rund um die Hochschulen in Flensburg, Kiel und Lübeck eine lebendige Start-
1084 Up-Szene. Wir wollen die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme nutzen, um
1085 nachhaltige Unternehmensgründungen deutlich stärker und niedrigschwelliger als
1086 bisher zu unterstützen. Hierbei setzen wir auf die Schwerpunkte
1087 Informationstechnologie, ökologisch-gesellschaftlicher Wandel sowie Integration.

1088 Zudem wollen wir kreative Orte der Zusammenarbeit (CoWorking Spaces und FabLabs)
1089 und weitere Räume für die Vernetzung von Gründungsinteressierten schaffen, um ihre
1090 Zukunft aktiv zu gestalten. Des Weiteren wollen wir Bibliotheken, Volkshochschulen,
1091 schulische Gemeinschaftsräume, leerstehende Gebäude zu solchen Orten umwandeln.

1092 **Nachhaltige Entwicklung stärken**

1093 Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium von
1094 Regierungs- und Verwaltungshandeln zu machen. Wohlstand und Lebensqualität können
1095 nicht mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden - wir
1096 wollen ein "grünes BIP". Unser Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und
1097 neben dem BIP auch den ökologischen Fußabdruck, die Verteilung und die
1098 Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht zu erfassen.

1099 Nachhaltigkeit wird häufig als politisches Feigenblatt verwendet, um problematische
1100 Entwicklungen zu verstecken. Damit werden wir in der Landesregierung Schluss
1101 machen. Wir verhalten uns nur dann nachhaltig, wenn unser gesamtes Handeln sowohl
1102 die Bedürfnisse der heutigen Generation als auch die von unseren Kindern und Enkeln
1103 berücksichtigt. Diese Maxime wird die Leitlinie unserer Politik in der neuen
1104 Landesregierung sein. Ein mit Bürger*innen besetzter Nachhaltigkeitsbeirat soll uns
1105 dabei unterstützen.

1106 Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze,
1107 Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Dieser muss auch die
1108 internationalen Folgen widerspiegeln.

1109 **Handwerk hat grünen Boden**

1110 Handwerker und kleine mittelständische Betriebe sorgen für wirtschaftliche
 1111 Stabilität, gerade in Krisenzeiten. Handwerksbetriebe halten die Gesellschaft in
 1112 vielerlei Hinsicht zusammen und gewährleisten das Funktionieren unseres
 1113 Alltagslebens wie kaum eine andere soziale Gruppierung. Handwerker setzen unsere
 1114 Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder installieren
 1115 intelligente Netze. 16.000 Menschen arbeiten schon heute allein in Schleswig-
 1116 Holstein im Bereich der Erneuerbaren. Wir wollen daraus 20.000 machen.
 1117 Das Handwerk ist für uns auch ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von
 1118 Fachkräften und der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Um letzteres
 1119 leisten zu können, benötigen sie entsprechende Unterstützung, wie sie mittlerweile
 1120 auch bereits von den Willkommenslots*innen der Handwerkskammern geleistet wird. Die
 1121 Fortführung von Projekten wie "Mehr Land in Sicht", "Passgenaue Besetzung" u.ä. als
 1122 Antwort auf die anstehenden Herausforderungen für Handwerksbetriebe befürworten
 1123 wir.

1124 Wir wollen die kleineren und mittleren Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein
 1125 unterstützen, damit sie ihre Qualitätsstandards und -anforderungen umsetzen können.
 1126 Handwerksbetriebe werden wir durch E-Government von unnötiger Bürokratie entlasten.

1127 Außerdem wollen wir Handwerksbetrieben die regionale Vermarktung erleichtern. Sie
 1128 brauchen eine bessere Beratung und eine gut verzahnte Förderung, damit sie
 1129 Förderprogramme im Land besser nutzen. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise
 1130 Gemeinschaftsküchen in Kitas und Schulen, sollen Vorbildfunktion übernehmen und
 1131 besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können. Deshalb setzen wir auf
 1132 Regionalität und wollen die Möglichkeit, kleine und mittelständische Produzenten
 1133 aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken.

1134 **Neue Industriepolitik für Schleswig-Holstein**

1135 Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Energie aus erneuerbaren Quellen
 1136 ist zur Genüge im Land vorhanden. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor für eine
 1137 nachhaltige Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Industrie 4.0, die Wirtschaft im
 1138 digitalen Zeitalter, steht dabei für optimierte Produktions- und Prozessabläufe mit
 1139 Hilfe digitaler, intelligenter Systeme. Dies sollte möglichst auf Grundlage von
 1140 anonymen oder anonymisierten Daten geschehen. Wir unterstützen die Idee eines
 1141 Kompetenzzentrums Industrie 4.0 und werden die Vernetzung und Weiterqualifikation
 1142 der Akteur*innen vorantreiben.

1143 Wenn viel erneuerbarer Strom erzeugt wird, weil der Wind gleichmäßig über das Land
 1144 weht, kann eine Fabrik die zur Produktion benötigte Wärme günstiger mit Strom als
 1145 aus Erdgas erzeugen. Elektrofahrzeuge laden ihre Akkus günstig auf, im gut
 1146 gedämmten Haus läuft die Wärmepumpe: Das Ganze wird durch Preissignale gesteuert,
 1147 so dass Strom dann verbraucht wird, wenn er günstig ist – wenn er also in großen
 1148 Mengen verfügbar ist. Die Einbindung der privaten Haushalte in die intelligente
 1149 Steuerung des Energieverbrauchs startet bei den Haushalten mit großem Verbrauch, in
 1150 besonders geeigneten Quartieren und bei denen, die aus Überzeugung Lust haben
 1151 mitzumachen. Über die Ausstattung mit intelligenten Zählern und Tarifen können alle
 1152 ihren Teil dazu beitragen, dass der erneuerbare Strom optimal genutzt und Geld
 1153 gespart wird. Intelligente Netze sorgen für günstigen Strom und Komfort.

1154 Wir suchen das Gespräch mit den großen internationalen IT-Unternehmen, um sie von
 1155 den attraktiven Standorten an unserer Westküste zu überzeugen.

1156 **Neue Steuerungsmodelle für das Stromnetz ermöglichen**

1157 Erneuerbar erzeugter Strom, der wegen fehlender Leitungen nicht ins Stromnetz geht,
1158 stellt eine erhebliche Vergeudung von Ressourcen dar. Hier braucht es neue
1159 Marktmodelle, mit denen dieser Strom anderweitig genutzt werden kann. Mit den
1160 Betrieben, die zuschaltbare Verbraucher wie Wärme- oder Kälteerzeuger nutzen, und
1161 mit den Erzeugern erneuerbarer Energien, wollen wir neue Steuerungs- und
1162 Bezahlmodelle entwickeln, wie auch mit einem schwankenden Stromangebot
1163 wirtschaftlich sinnvoll umgegangen werden kann. So reißen wir die Mauern zwischen
1164 den Sektoren Strom-Wärme-Mobilität ein. Deshalb setzen wir uns in Berlin laut und
1165 nachhaltig dafür ein, sinnvolle Erprobungsregelungen für das Land Schleswig-
1166 Holstein zu ermöglichen. Wir haben nicht zu viel erneuerbaren Strom, wir müssen ihn
1167 nur in die Bereiche bringen, die heute noch Öl oder Kohle verbrennen.

1168 **Die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln**

1169 Wir haben die Weichen für Wärmewende, Speicher, Power-to-X (mit Strom Wasserstoff
1170 oder Wärme erzeugen) in der vergangenen Wahlperiode gestellt. In der nächsten
1171 wollen wir die Technologie breit zum Einsatz bringen und den Anwendungsbereich
1172 weiter ausdehnen. Dazu gehört auch, Innovationen den Weg zu ebnen. Wir wollen
1173 erneuerbare Wärme deutlich schneller zubauen, wie bisher. Das wird Wertschöpfung
1174 und Arbeitsplätze im Norden schaffen. Wir sehen gute Chancen, die Westküste, an der
1175 es viel Windstrom gibt, zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie zu
1176 entwickeln. Das IZET in Itzehoe, mittelständische Unternehmen zwischen Brunsbüttel
1177 und Niebüll sowie große Industriebetriebe haben vielversprechende Projekte
1178 vorbereitet, deren Umsetzung wir sichern werden.

1179 So wollen wir unsere Standortvorteile wie bei der Energiewende auch bei der
1180 Industriegewende nutzen. Dabei spielt für uns der Wirtschaftsraum Brunsbüttel als
1181 zukünftiger Knotenpunkt der Erneuerbaren Energien und Verbraucher- und
1182 Verteilungsschwerpunkt eine besondere Rolle. Das gilt sowohl für Raffinerien, als
1183 auch für die industriellen Verbraucher.

1184 In der kürzlich aus der Taufe gehobenen Innovationsallianz NEW 4.0 (Norddeutsche
1185 EnergieWende) arbeiten mehr als 50 Unternehmen ganz vorn in der Energie-Forschung
1186 mit. Bei dem Projekt geht es um die durchgehende Sicherstellung der
1187 Energieversorgung auch bei hohem Anteil erneuerbarer Energie – um die
1188 „intelligente“, gleichzeitige Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung
1189 erneuerbarer Energie. Und es zielt auch auf die Entwicklung von Anreiz- und
1190 Marktmodellen für alle Marktteilnehmer (regulatorischer Rahmen), die Energie
1191 produzieren, verteilen oder verbrauchen. Uns ist klar, dass wir das EEG
1192 (Erneuerbare Energien Gesetz) weiterentwickeln müssen. Dieses Projekt ist ein gutes
1193 Beispiel für die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein
1194 und Hamburg, die wir weiter stärken wollen. Die Ergebnisse von NEW 4.0 werden wir
1195 in politisches Handeln übersetzen. Hierfür wollen wir auch Fördermittel aus der EU
1196 in den Norden holen.

1197 **Zugang zu schnellem Internet für Alle**

1198 Schnelles Internet ist die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Schleswig-
1199 Holstein liegt mit rund 25 Prozent anschlussfähiger Haushalte an Glasfaser bereits
1200 jetzt vorn im Vergleich der Bundesländer. Wir verfolgen das Ziel, spätestens bis
1201 zum Jahr 2030 alle Haushalte an diese schnelle und zukunftsfähige Technologie
1202 anzubinden. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir 70 Prozent
1203 erreicht haben. Übergangstechnologien, wie Richtfunk oder Vectoring (Ertüchtigung
1204 vorhandener Kupferkabel), sollen dabei nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Um
1205 den Ausbau des Glasfasernetzes durch private Investoren zu unterstützen, werden wir

1206 Schulen, Polizeistationen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und andere
 1207 öffentliche Einrichtungen an das schnelle Netz anschließen. Im Bund drängen wir
 1208 auch weiterhin auf eine schnellstmögliche Absage an die Rechtsunsicherheit
 1209 schaffende Störerhaftung beim Betrieb von WLAN-Netzen und Änderungen im
 1210 Beihilferecht, damit die öffentliche Hand Lücken im Netz des Breitband- und
 1211 Mobilfunknetzes besser schließen kann. Die Finanzierung kann u.a. durch den Verkauf
 1212 der Telekomaktien aus Bundesbesitz erfolgen.

1213 Ein schnelles Glasfasernetz und die hohe Lebensqualität sind gute Voraussetzungen,
 1214 um sich als Unternehmen oder Fachkraft in Schleswig-Holstein niederzulassen. Wir
 1215 werden eine Initiative zur Anwerbung von Unternehmen und Fachkräften starten, um
 1216 mehr Wirtschaftskraft in den Norden zu locken.

1217 **Maritime Wirtschaft schafft blaues Wachstum**

1218 Schleswig-Holstein hat großes Potenzial im Zukunftsfeld der maritimen Wirtschaft.
 1219 Sei es in der Meerestechnik, in der Ozeanforschung, der marinen Aquakultur, der
 1220 Biotechnologie oder dem Spezialschiffbau. Diese Bereiche wollen wir
 1221 weiterentwickeln und zu einem Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik machen.

1222 **Starker Gesundheitsstandort**

1223 Schleswig-Holstein ist ein starker Gesundheitsstandort in der medizinischen
 1224 Versorgung, zum Beispiel durch unser Universitätskrankenhaus (UKSH) in Kiel und
 1225 Lübeck, in der Pflege oder der Reha. Viele Menschen verbringen hierzulande ihren
 1226 Urlaub, um sich wieder fit zu machen. Oder sie ziehen ganz in unser schönes Land,
 1227 um in Schleswig-Holstein ihren Ruhestand zu verbringen. Wir werden die
 1228 Gesundheitswirtschaft weiter stärken und sie etwa bei der Suche und Ausbildung von
 1229 Fachkräften unterstützen.

1230 **Nachhaltigen Tourismus ausbauen**

1231 Eine intakte Natur ist die wichtigste Grundlage für den Tourismus in Schleswig-
 1232 Holstein. Die Vielfalt unserer Landschaft sowie die Strände an Nord- und Ostsee
 1233 sind der Grund für viele Menschen, ihren Urlaub hier zu verbringen. Die
 1234 Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich,
 1235 ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten.

1236 Wir unterstützen die Landesstrategie „Nachhaltiger Tourismus“. Energetische
 1237 Sanierungen und Modernisierungen von Beherbergungsbetrieben fördern wir weiter.
 1238 Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit nachhaltigen, innovativen und
 1239 ökologischen Konzepten besonders unterstützen, ein Gütesiegel für Nachhaltigkeit
 1240 oder eine landesweite Zertifizierung zum Beispiel können wirksame Instrumente sein.
 1241 Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte, Radfahren (bed and bike),
 1242 Wandern, Reiten, Sport und Kultur sollen zielgruppenunabhängig unterstützt werden.

1243 Die vorhandenen Strukturen des Tourismus-Marketings für Land und Regionen wollen
 1244 wir zwar weiterhin unterstützen, sehen jedoch, dass der digitale Wandel die
 1245 Marketingstrukturen in der Zukunft stark verändern wird. Die hierdurch entstehenden
 1246 Chancen wollen wir nutzen.

1247 Die Tourismusstrategie des Landes hat bisher sehr auf quantitatives Wachstum
 1248 gesetzt. Die Weiterentwicklung des Tourismus geht aber nur im Einklang mit der
 1249 Natur.

1250 Wichtig ist uns auch eine moderne und vernetzte Mobilität vor Ort. Dazu gehören
 1251 Elektromobilität, E-Carsharing, Verkehrsreduzierung in den Tourismusorten, gute

1252 Gepäck- und Fahrradbeförderung, öffentlicher Nahverkehr, vor allem einfache und
1253 attraktive Tarife.

1254 **Ein Arbeitsmarkt für Alle!**

1255 Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der
1256 allen Menschen gerechten und fairen Zugang und Arbeitslohn bietet.
1257 Errungenschaften, wie z.B. der Mindestlohn, dürfen nicht aufgeweicht werden.
1258 Migrant*innen muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Um dies
1259 alles zu erreichen, braucht es vielfältiger Unterstützungsprogramme und Maßnahmen,
1260 für Neuzugewanderte auch in Kombination mit Sprachförderung. Ziel ist es,
1261 bürokratische Hürden abzubauen und Regelsysteme zu ertüchtigen.

1262 **Neue und gerechte Arbeit in Schleswig-Holstein**

1263 Die „schöne neue Arbeitswelt“ verunsichert uns gleichermaßen, wie sie uns
1264 fasziniert. Der Strukturwandel der Arbeitswelt beschleunigt sich weltweit und auch
1265 in Schleswig-Holstein immer mehr und läutet eine Ära neuer Arbeitsorganisation ein.
1266 Neue Technologien, Globalisierung und demographischer Wandel verändern die
1267 Arbeitswelt drastisch. Darum wird sich die Gestaltungsaufgabe der kommenden Jahre
1268 drehen. Arbeit soll im Bestfall produktiv sein und machen, soll fordern und
1269 erfüllen, heraus-, aber nicht überfordern. Fachkräftesicherung, Standortsicherung,
1270 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Work-Life-Balance und
1271 Geschlechtergerechtigkeit sind daher auch für Schleswig-Holstein zunehmend wichtige
1272 Aspekte. Die vorhandenen Fort- und Weiterbildungsangebote, sowie das Angebot an
1273 Hochschulstudiengängen müssen wir stärker auf den Wandel der Arbeitswelt
1274 ausrichten. Dieser Wandel wird aber besondere Anforderungen an die soziale
1275 Gerechtigkeit stellen. Gute Arbeit hat auch viel mit gerechten Löhnen zu tun. Mit
1276 unserem Landesmindestlohngesetz sind wir bundesweit Vorreiter für eine faire
1277 Lohnpolitik. Unser Ziel ist und bleibt ein armutsfester Mindestlohn.

1278 **Wirtschaft@Digital**

1279 Wir unterstützen auch weiterhin den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots sowie den
1280 Ausbau des LTE-Mobilfunks. Die Freifunkinitiativen wollen wir unter anderem durch
1281 die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiterhin unterstützen. Für den neuen G5-
1282 Mobilfunkstandard werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und den
1283 Ausbau des Glasfasernetzes weiter vorantreiben.

1284 Die Wirtschafts- und Technologieförderung Schleswig-Holstein (WTSH), die
1285 Investitionsbank und die EU-Förderprogramme sollen viel stärker auf Digitalisierung
1286 ausgerichtet werden. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass neue
1287 Technologien – wie das autonome Fahren, der Gütertransport per Drohne oder die
1288 Fernbehandlungen in der Medizin – durch gute rechtliche Rahmenbedingungen, die auch
1289 Antworten auf die zahlreichen ethischen Fragestellungen (z. B. beim Datenschutz
1290 oder bezüglich Haftungs- und Zulassungsfragen)geben, flankiert werden.

1291 Wir sehen die enormen Chancen der Digitalisierung für die Wirtschaft, wir kümmern
1292 uns aber auch um die Risiken. So sind Unternehmen und Arbeitnehmer im digitalen
1293 Wettbewerb zu schützen. Urheberrechte, Datenschutz, Meinungs- und
1294 Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben. Unsere Digitale Agenda wird gemeinsam
1295 mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) und all denjenigen, die
1296 sich in diesen Prozess einbringen wollen, gemeinsam weiterentwickelt.

1297 Die Arbeitswelt im Digitalen Zeitalter bietet ebenfalls Chancen und Risiken. Wir
1298 werden dafür kämpfen, dass unsere sozialen Standards auch im digitalen Zeitalter

1299 erhalten bleiben. Die Digitalisierung und Automatisierung dürfen nicht in erster
 1300 Linie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden, sondern sie
 1301 müssen die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Die Entgrenzung der Arbeitszeit, den
 1302 Verlust von Arbeitsplätzen und eine daraus resultierende Umverteilung von arm nach
 1303 reich wollen wir mit einer kritischen Technologiefolgenabschätzung thematisieren.
 1304 Wir werden die gesellschaftliche Debatte über die ethischen Folgen der
 1305 Automatisierung vertiefen. Eine Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen und das Umgehen
 1306 von mühsam erkämpfter Regeln lehnen wir ab und setzen uns für eine den digitalen
 1307 Realitäten angepassten Beschäftigtendatenschutz ein. Die vielfältigen Möglichkeiten
 1308 der Digitalisierung in der Arbeitswelt, zum Beispiel hinsichtlich einer
 1309 flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung und die vielen Potenziale für
 1310 neue Ideen und neue Wertschöpfung wollen wir nutzen.

1311 **Auf den Punkt**

- 1312 • *Wir werden* eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln,
- 1313 • Gründungsgeist beflügeln und Start Ups fördern,
- 1314 • uns für die Gemeinwohl-Ökonomie stark machen,
- 1315 • die Industriewende mit erneuerbaren Energien forcieren,
- 1316 • ein schnelles Glasfasernetz aufbauen,
- 1317 • die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln,
- 1318 • Maritime Wirtschaft, Gesundheitsstandort und nachhaltigen Tourismus ausbauen,
- 1319 • Arbeitsplätze im Handwerk für die Erneuerbaren von 16.000 auf 20.000
 1320 steigern,
- 1321 • einen Grünen Wohlstandsindex in unserem "Land des Glücks" etablieren.

1322 **Verkehrswende / Nachhaltigkeit voranbringen - mit gut** 1323 **ausgebautem und bedarfsorientiertem Nahverkehr und vernetzten** 1324 **Mobilitätsangeboten**

1325 Unsere GRÜNE Aufgabe ist es, die Mobilität der Zukunft zu gestalten. Wir werden für
 1326 eine Verkehrswende sorgen. „Starke Linien“ und „Flexible Bedienung vor Ort“
 1327 vereinen die Individualität von Autos und Zweirädern mit den Vorzügen von Zug und
 1328 Bus. Das macht den ÖPNV attraktiv und verringert sowohl die Emissionen als auch den
 1329 Ressourcenverbrauch. Das ist gut für die Menschen und schützt das Klima. Den
 1330 Individualverkehr modernisieren wir mit modernen Konzepten wie E-Bikes, Carsharing
 1331 und Elektromobilität. Mit innovativen Mobilitäts-Apps, attraktiven Tarifen und
 1332 Angeboten in Stadt und Land machen wir Schleswig-Holstein mobil.

1333 **Strukturen für E-Mobilität ausbauen**

1334 Wir wollen in Schleswig-Holstein zeigen, wie Elektromobilität und autonomes Fahren
 1335 funktionieren kann. Entsprechende Ankündigungen hat es genug gegeben. Wir werden
 1336 uns dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht – mit
 1337 mehr Dienstfahrzeugen im Elektrobetrieb und E-Tanksäulen an öffentlichen
 1338 Einrichtungen. In den Tourismusorten wollen wir uns ein Beispiel an der Schweiz
 1339 nehmen und eine Teststrecke für elektrische, autonome Shuttle-Busse einrichten.
 1340 Sicherheit hat hier für uns oberste Priorität.

1341 In den vergangenen Jahren hat die von uns getragene Landesregierung damit
 1342 angefangen, ein Ladenetz auch mit öffentlichen Geldern aufzubauen. Jetzt geht es
 1343 darum, neben privaten E-Mobilen ein intelligentes Verkehrssystem zu installieren,
 1344 das unsere Innenstädte vom Verkehr entlastet und im ländlichen Raum eine
 1345 hochflexible Mobilitätsinfrastruktur bereithält.

1346 Bereits heute sind in jeder Straße zahlreiche Elektroanschlüsse vorhanden, die zu
 1347 Ladestationen für Elektrofahrzeuge umgerüstet werden können: die Straßenlaternen.
 1348 Wir wollen prüfen, wie das Land dazu beitragen kann, Straßenlaternen zu Ladesäulen
 1349 umzurüsten. So könnte schnell und günstig ein flächendeckendes Ladenetz entstehen,
 1350 das gleichzeitig als Energiespeicher für Strom zu nutzen ist.

1351 **Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden**

1352 *Text von Phillip mit neuen Zahlen für E-Busse*

1353 **Sozialverträgliche Transformation Der Mobilität**

1354 Wir wollen Wege finden, die Landesbauordnung dahingehend zu erweitern, dass
 1355 zukünftig bei Neu- und Erweiterungsbauten eine sinnvolle Anzahl Schnellladesäulen
 1356 für die Elektromobilität eingerichtet werden können.

1357 Dies ist für eine sozialverträgliche Transformation der Mobilität unverzichtbar;
 1358 die Nutzung von E-Mobilen darf kein Privileg von Eigenheimbesitzern sein.

1359 Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz und auch im Umfeld touristischer Angebote sind
 1360 ebenfalls wichtig, um die Elektromobilität voran zu bringen.

1361 **Vernetzte Mobilität – wir wollen das Land bewegen**

1362 Unsere Vision von Mobilität ist, dass alle Verkehrsmittel - also Busse, Bahnen und
 1363 Autos - in Schleswig-Holstein vernetzt und zusammen nutzbar sind. Anbieter sollen
 1364 ihre Verkehrsdaten - dazu gehören auch freie Plätze in PKWs - und Preise für die
 1365 von ihnen bedienten Strecken und Zeiten freigeben – ein onlinebasiertes und an den
 1366 Erfordernissen der Nutzer*innen ausgerichtetes Netzportal bündelt dann die Angebote
 1367 und berechnet die jeweils besten Mobilitätsmöglichkeiten. Wir werden den Rahmen
 1368 setzen, damit die verschiedenen Mobilitätsanbieter untereinander stärker
 1369 zusammenarbeiten. Mobilitätsangebote sollen aufeinander abgestimmt sein und sich so
 1370 insbesondere auch bei Ausfällen flexibel ergänzen. So erreichen wir, dass weniger
 1371 Menschen alleine oder zu zweit im Auto fahren.

1372 **Lebenswerte Städte sind für Alle da**

1373 Derzeit werden viele Städte durch den Autoverkehr dominiert. Breite Straßen, große
 1374 versiegelte Flächen, die ausschließlich durch parkende Autos genutzt werden, Lärm,
 1375 Abgase, Staus, Parkplatzknappheit und zugeparkte Gehwege prägen häufig das Leben in
 1376 unseren Städten.

1377 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Innenstädte wieder lebenswerter werden,
 1378 und den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum in der Stadtgestaltung geben.
 1379 Dafür soll das Land starke Anreize setzen: für mehr
 1380 Carsharing, Fahrradverleihsysteme, autofreie und verkehrsberuhigte Zonen, sinnvolles
 1381 Parkraummanagement, Begegnungs- und Spielzonen, einen Zuwachs an Grünflächen sowie
 1382 familien- und seniorengerechtere Stadträume, die für alle da sind.

1383 **Mobilität ohne Lärm**

1384 Bislang prägt der Lärm von Autos, Lastwagen, Flugzeugen und auch des
 1385 Schienenverkehrs unsere Wahrnehmung von Mobilität. Konsequenter Lärmschutz steht

1386 für uns Grüne daher im Vordergrund, dazu gehört in erster Linie Verkehrsvermeidung,
 1387 aber auch mit Tempolimits und Flüsterasphalt auf der Straße, Lärmsanierung an
 1388 bestehenden Bahnstrecken, Lärmpausen an Flughäfen. Bei Lärmsanierungen müssen
 1389 endlich auch dieselben Grenzwerte wie beim Neubau gelten, denn einen
 1390 Gewöhnungseffekt gibt es nicht beim Lärm.

1391 Am Hamburger Flughafen hat sich gezeigt, was eine Lärmpause in der Nacht bewirken
 1392 kann – wenn sie konsequent eingehalten wird. Auch der Verkehr ist nicht
 1393 zusammengebrochen, wie die Luftverkehrswirtschaft vorher behauptet hatte. Wir
 1394 werden uns dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelungen für den Hamburger Flughafen
 1395 deutlich eingeschränkt werden und tatsächlich zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Ruhe in den
 1396 Einflugschneisen über Schleswig-Holstein herrscht.

1397 **Den Ländlichen Raum erfahren**

1398 Mehr als 90 Prozent von Schleswig-Holstein sind ländlich geprägt. Auf dem Land wird
 1399 das Auto auch in Zukunft wichtigstes Verkehrsmittel sein. Wir verfolgen das Ziel,
 1400 Autofahren umweltfreundlicher zu machen. Dort sind heute das Auto und Zweirad die
 1401 wichtigsten und leider allzu häufig einzig verfügbaren Verkehrsmittel. Hinzu kommen
 1402 die Herausforderungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum. Auch Menschen
 1403 mit Mobilitätseinschränkungen und dem Wunsch nach einem Verzicht auf das Auto
 1404 brauchen einen bedarfsgerechten, öffentlichen Nahverkehr. Um das Angebot neu
 1405 aufzustellen müssen flexible Angebote wie Anruf-Sammeltaxis, Bürger*innenbusse oder
 1406 Rufbusse weiter entwickelt werden.

1407 Um den Anteil an E-Mobilität im ländlichen Raum zu erhöhen, wollen wir außerdem die
 1408 öffentliche Infrastruktur anpassen und zum Beispiel mit dem „Modellprojekt Digitale
 1409 Bundesstraße 5“ testen. An den Verbindungsknoten von Straßen, Bahnhöfen und
 1410 Bushaltestellen des öffentlichen Verkehrs brauchen wir mehr Park-und-Ride Plätze
 1411 und Mobilitätsstationen, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu
 1412 erleichtern. Wir werden auch weiterhin dafür werben, die
 1413 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel einzusetzen, um die notwendige Verkehrswende zu
 1414 beschleunigen.

1415 **Das Fahrradfahren voranbringen**

1416 Besonders im lokalen Radius von null bis fünf Kilometern ist für den alltäglichen
 1417 Verkehr etwa zur Arbeit, (Hoch-) Schule und Ausbildungsstätte hohes
 1418 Steigerungspotential vorhanden. Für das betriebliche Mobilitätsmanagement spielen
 1419 Fahrrad und Pedelec eine wichtige Rolle. Untersuchungen haben zudem ergeben, dass
 1420 radfahrende Mitarbeiter*innen seltener krank sind. Daher wollen wir landeseigene
 1421 Dienstwagen um Dienstrad und Pedelec ergänzen sowie Einrichtungen und Unternehmen
 1422 beim Aufbau der nötigen Infrastruktur wie E-Ladesäulen oder auch Fahrradboxen
 1423 unterstützen, um ihre Mitarbeiter*innen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen.

1424 Wir werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb geschlossener Ortschaften geschützte
 1425 Fahrradwege / geschützte Radverkehrsanlagen/ Fahrradstreifen auf Straßen, je nach
 1426 den örtlichen Begebenheiten, eingerichtet und Verkehrsampeln mit Fahrradampeln
 1427 ausgerüstet werden. Die geplante Gründung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur
 1428 Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein - die RAD.SH – werden wir
 1429 in dem dafür notwendigen Umfang unterstützen.

1430 Mit Pedelecs (E-Fahrrädern) können auch in unserem Hügelland und bei häufigem
 1431 Gegenwind im ländlichen Raum mehr Wege umweltfreundlich zurückgelegt werden.
 1432 Menschen, denen die Nutzung von Fahrrädern zu beschwerlich ist, gewinnen mit
 1433 Pedelecs unter Umständen neue Mobilität. Vorausgesetzt, wir stellen gut ausgebaute

1434 und sichere Wege zur Verfügung und bieten sichere Abstellplätze. Dafür werden wir
 1435 den Radwegebau außerörtlich weiter voranbringen und die landeseigene
 1436 Infrastruktur mit Ladestationen und Abstellboxen für E-Fahrräder ausstatten.

1437 Das überörtliche Radwegenetz soll im Sinne des landesweiten Radverkehrsnetzes
 1438 vervollständigt werden. Vorhandene Radwege werden saniert. Neue Radschnellwege sind
 1439 zu bauen und sinnvoll an Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und
 1440 Dänemark anzubinden. Wir wollen durch Gesetzesänderung dafür sorgen, dass
 1441 Radschnellwege (nach dem Vorbild von NRW) Landesstraßen sein werden. Wir setzen uns
 1442 für Mindeststandards, wie die ERA 2010, ein. Die Möglichkeiten der Fahrradmitnahme
 1443 in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen verbessert werden. Bei Ausschreibungen von
 1444 Nahverkehrsstrecken sollen folgende Serviceleistungen verpflichtend festgeschrieben
 1445 werden: die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienennahverkehr außerhalb der
 1446 Berufsverkehrszeiten und der Einsatz von Waggons mit breiten hindernisfreien
 1447 Einstiegen zum schnellen und einfachen Ein- und Ausladen von Fahrrädern.

1448 **Elektrifizierungskampagne für die Bahn - "Netz 25+"**

1449 Nur, wenn wir die Energiewende auch auf der Schiene einleiten, werden wir die
 1450 Klimaschutzziele erreichen. Mit Dieselloks und Dieseltriebwagen ist das nicht zu
 1451 leisten: Die Umstellung auf Elektroantrieb aus erneuerbaren Energien steht an.

1452 Dazu haben wir das Konzept "Netz 25+" entwickelt. "Netz 25+" will die Energiewende
 1453 auf die Schiene bringen. Wir setzen uns im Rahmen dieses Konzeptes für eine
 1454 Elektrifizierungskampagne des gesamten Schienennetzes in Schleswig-Holstein ein und
 1455 werden bei Bedarf auch ergänzende Landesmittel zur Verfügung stellen. So können wir
 1456 schneller, leiser und umweltgerechter mit der Bahn unterwegs sein.

1457 Wir wollen nicht nur Oberleitungen bauen. Elektrifizierung der Strecken ist nicht
 1458 überall wirtschaftlich realisierbar. Dort könnten in Zukunft innovative und
 1459 klimagerechte Antriebe zum Einsatz kommen, z.B. Triebwagen, bei denen
 1460 Brennstoffzellen mit Wasserstoff elektrischen Strom an Bord erzeugen. Gerade
 1461 Wasserstoff lässt sich im Vorzeige-Land der Energiewende aus Windkraft
 1462 umweltfreundlich gewinnen.

1463 Wir würden es begrüßen, wenn möglichst viele Bahnhöfe mit Solarenergie der
 1464 Bahnsteigüberdachungen versorgt werden.

1465 **Ausbau von Schienenstrecken und von S-Bahnen im Hamburger Rand**

1466 Im Hamburger Rand hat der Ausbau der S- und U-Bahn-Strecken für uns weiterhin
 1467 höchste Priorität. Wir wollen die S 21 im Norden Richtung Kaltenkirchen und im
 1468 Süden Richtung Geesthacht ausbauen. Die Netzerweiterung mit der S 4 zwischen Bad
 1469 Oldesloe und Pinneberg/Elmshorn (mit einem zusätzlichen Gleis) ist für eine
 1470 klimafreundliche Mobilität in der Metropolregion Hamburg unverzichtbar. In
 1471 Norderstedt wollen wir die U 1 ausbauen.

1472 Wir setzen uns dafür ein, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Die
 1473 vielerorts veraltete Infrastruktur (Signal-, Gleis- und Steuerungstechnik) muss
 1474 modernisiert und eingleisige Streckenabschnitte sollen um ein weiteres Gleis
 1475 erweitert werden. Diese Engpässe wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch
 1476 auf den Nebenstrecken sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können
 1477 und so Menschen schneller ans Ziel bringen.

1478 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1479 auf der Schiene, konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern.
 1480 Diesen Weg gehen wir weiter und werden vor allem für Qualitätsmerkmale wie freies

1481 WLAN, mitsamt ausreichend Steckdosen und eine Erhöhung der Zahl von
 1482 Zugbegleiter*innen einsetzen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1483 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1484 Wir machen uns weiterhin für den Ausbau des Schienenverkehrs in Ballungsräumen
 1485 stark. Deshalb werden wir dafür streiten, die Option im Landesnahverkehrsplan zu
 1486 nutzen und bei der Ausschreibung des Bahnnetzes den Einstieg in einen S-Bahn-
 1487 Betrieb in der Region Lübeck ab 2019 zu sichern. Es ist ein getakteter Betrieb auf
 1488 vorhandener Infrastruktur und eine Anbindung an benachbarte S-Bahnsysteme
 1489 anzustreben.

1490 Wir wollen auch, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Dazu ist die
 1491 Infrastruktur auszubauen. Die Signaltechnik ist stellenweise veraltet, stammt aus
 1492 dem vorherigen Jahrhundert. Ganze Strecken sind teilweise nur eingleisig. Diese
 1493 Engstellen wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch auf den Nebenstrecken
 1494 sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können und so Menschen
 1495 schneller am Ziel ankommen.

1496 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1497 auf der Schiene konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern. Diesen
 1498 Weg gehen wir weiter und werden vor allem die im Zeitalter des Smartphones
 1499 relevanten Qualitätsmerkmale wie freies WLAN auch in der 2. Klasse anbieten,
 1500 mitsamt ausreichend Steckdosen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1501 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1502 Gegenüber dem Bund werden wir initiativ, damit wir Schienennebenstrecken kaufen und
 1503 mit einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft selbst ausbauen, elektrifizieren
 1504 und betreiben können. Gerade die stillgelegten Strecken wie Geesthacht -
 1505 Nettelburg, Wrist – Kellinghusen, Rendsburg – Fockbek, Neumünster – Plön und
 1506 Flensburg – Niebüll bieten sich dafür an.

1507 **Nord-Tarifverbund - transparent, durchlässig, günstig**

1508 Wir wollen den komplizierten und ungerechten Tarifdschungel in Schleswig-Holstein
 1509 mit **NAH.SH** und HVV lichten. Dafür wollen wir zügig durch Verhandlungen mit Hamburg
 1510 und Niedersachsen einen gemeinsamen, transparenten Nordtarif mit durchgängigen
 1511 Fahrkarten schaffen. So bringen wir die verschiedenen Anforderungen unserer
 1512 Metropolen und unserer ländlichen Räume an den öffentlichen Nahverkehr zusammen.
 1513 Wir wollen für verschiedene Nutzer*innengruppen wie z.B. Pendler*innen,
 1514 Studierende, Auszubildende, Tourist*innen oder sozial benachteiligte Gruppen
 1515 passgenaue Angebote schaffen. Wir streben an, dass alle BahnCards auch in
 1516 Schleswig-Holstein vollumfänglich anerkannt werden.

1517 In einem weiteren Schritt kann es richtig norddeutsch werden. Wir können den
 1518 Verbund auf Bremen Mecklenburg-Vorpommern und ganz Niedersachsen erweitern.

1519 Außerdem werden wir die Grundlagen für neue Finanzierungsmodelle im Nahverkehr
 1520 prüfen. Dazu gehören im ersten Schritt solidarische Finanzierungsmodelle wie z.B.
 1521 das Semesterticket.

1522 Unsere langfristige Vision ist, das Recht auf Mobilität für alle zu verwirklichen
 1523 und einen kostenlosen ÖPNV in ganz Schleswig-Holstein anzubieten. Der Zugang zu
 1524 Mobilität entscheidet mehr denn je über gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig
 1525 erhöht ein kostenloser Nahverkehr die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes
 1526 Schleswig-Holstein.

1527 **Erhalt vor Neubau – Digitale Infrastruktur für die Straße mitplanen**

1528 Der Erhalt unserer Infrastruktur ist für uns Grüne eine wichtige politische
1529 Aufgabe. Die Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Kaputte
1530 Straßen und Brücken, alte Schienen und Signaltechniken müssen saniert werden. Das
1531 Problem: die Hauptbelastenden der Infrastruktur (wie schwere Lastkraftwagen) sind
1532 nicht in dem Umfang zur Finanzierung herangezogen, wie sie auf Bundes, Landes- und
1533 Kreisstraßen zur Abnutzung beitragen. Wir werden uns daher auf Bundesratsebene
1534 dafür einsetzen, die LKW-Maut künftig auf allen außerörtlichen Straßen zu erheben.
1535 Fakt ist: Die öffentlichen Haushalte sind auf Kante genäht, und der Bund steht
1536 nicht ausreichend zu seiner Finanzierungsverantwortung. Für uns gilt bei der
1537 Infrastruktur der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“.

1538 Wir haben die Planungen für die A 20 mitgetragen, obwohl wir nach wie vor überzeugt
1539 sind, dass die Bedarfsprognosen einen Neubau dieser Strecke nicht rechtfertigen.
1540 Aber die Entscheidung über den Fortbau der A 20 fällt in Berlin. Der
1541 Bundesverkehrswegeplan hat diese Straße erneut hoch priorisiert. Nur eine andere
1542 Bundesregierung und eine andere Verkehrspolitik kann das ändern. Wir haben mit
1543 unserem Vorschlag „Der grüne Weg nach Westen“ deutlich gezeigt, wie die notwendige
1544 Ost-West-Verbindung in Schleswig-Holstein unter Umgehung Hamburgs mit der A 20 und
1545 dem Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen sinnvoll realisiert werden kann. Diesen
1546 Weg wollen wir weitergehen.

1547

1548 Mit den Grünen wird es keinen Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien und von
1549 Bürgerrechten geben. Wir werden das Verbandsklagerecht im Naturschutz politisch
1550 verteidigen und uns dafür einsetzen, dass diese zivilgesellschaftliche
1551 Errungenschaft bewahrt bleibt.

1552 Die FFBQ lehnen wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiterhin ab. Die
1553 Verkehrsprognosen rechtfertigen die notwendigen Finanzmittel in keiner Weise. Die
1554 Belastung für die Menschen im Hinterland (Ostholstein, Lübeck, Stormarn, Herzogtum
1555 Lauenburg) und die sensible Natur im Fehmarnbelt ist für uns unakzeptabel. Wir
1556 fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Ausstieg aus dem Staatsvertrages
1557 mit Dänemark einzusetzen.

1558 Für uns gilt die Maxime: Wenn der Bund neue Straßen in Schleswig-Holstein bauen
1559 will, dann muss mit Blick auf die Zukunft auch eine ergänzende digitale
1560 Infrastruktur mitgeplant werden. Für den Ausbau der B 5 setzen wir auf eine
1561 straßenbegleitende Funktechnik, um zukünftigen Ansprüchen an Verkehrsplanung
1562 gerecht zu werden sowie auf eine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Mobile
1563 entlang der Strecke. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass keine individuelle
1564 Überwachung von Verkehrsteilnehmern möglich wird.

1565 **Verkehr auf dem Wasser voranbringen – Nord-Ostseekanal sanieren**

1566 Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat auch eine Verantwortung für
1567 seine Wasserstraßen. Sie sind für uns ein wichtiges Element zur ökologischen
1568 Verkehrslenkung. Dafür brauchen wir gut ausgebaute Häfen. Wir wollen die
1569 Liegezeiten verkürzen, die Schienenanschlüsse herstellen oder optimieren, und vor
1570 allem Schiffe mit sauberer Energie versorgen, insbesondere während der Liegezeiten.

1571 Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist und bleibt für uns die Wasserstraße mit höchster
1572 politischer Priorität. Der NOK ist mit seinen angrenzenden Gewässern auch für den
1573 Wassertourismus und die Entwässerung der Flächen von großer Bedeutung. Darum werden
1574 wir mit dem Bund Lösungen suchen, wie diese Aufgaben gemeinsam sinnvoll umgesetzt
1575 und finanziert werden können.

1576 Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GRÜNEN setzen wir uns für eine tragfähige
 1577 Hafenkooperation mit einem abgestimmten norddeutschen Hafenkonzept ein. Die Häfen
 1578 sollten sich nicht nur als Konkurrenten begreifen, sondern dafür sorgen, dass sie
 1579 jeweils ihre eigenen Stärken nutzen.

1580 Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir ab. Sie ist ökologisch
 1581 problematisch und birgt erhebliche Risiken mit unkalkulierbaren finanziellen
 1582 Folgelasten. Diese betreffen die Deichsicherheit, die Verschlickung der Nebenflüsse
 1583 und Häfen, die Vergrößerung des jährlichen Sauerstofflochs in der Unterelbe sowie
 1584 die Störung von Flora und Fauna im Fluss.

1585 **Saubere Antriebe für Schifffahrt und Marine**

1586 Der Betrieb von Schiffen mit Erdgas (liquefied natural gas, LNG) ist eine bessere
 1587 Option als der oft schmutzige Schiffsdiesel. Wir wollen die notwendigen
 1588 Rahmenbedingungen auf Verwaltungsebene schaffen, damit diese Schiffe auch in den
 1589 schleswig-holsteinischen Häfen betankt werden können. Perspektivisch soll der
 1590 Schiffsverkehr aber mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir werden prüfen,
 1591 welche Initiativen zu diesem Zweck angestoßen oder gefördert werden können.

1592 Als Marinestandort ist uns in Schleswig-Holstein der umweltfreundliche Betrieb der
 1593 Marineschiffe ein Anliegen. Sie sollten zumindest mit den modernsten und
 1594 umweltverträglichsten Antrieben ausgestattet werden. Dies werden wir gegenüber der
 1595 Bunderegierung einfordern.

1596 **Bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse stärken**

1597 Wir GRÜNE fordern mehr Landstromanschlüsse, insbesondere für unsere stark
 1598 frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg. Wir werden Möglichkeiten prüfen
 1599 und die besten davon umsetzen, um die Einrichtung und Nutzung von
 1600 Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und Flensburg insbesondere für
 1601 Kreuzfahrtschiffe zu erleichtern. Dazu gehört auch eine erneute Initiative auf
 1602 Bundesebene den Landstrom für Schiffe von der EEG-Umlage zu befreien. Diese
 1603 Maßnahmen sollen das Zieldreieck Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im
 1604 Bereich der Häfen bestmöglich zu realisieren und die Anwohner*innen und
 1605 Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu belasten.

1606 **Ja zur Traditionsschifffahrt**

1607 Als Bewohner*innen eines Touristiklands achten wir die Traditionsschifffahrt. Wir
 1608 werden uns weiter im Land und Bund dafür einsetzen, dass Traditionsschiffe die
 1609 gesetzlichen Rahmenbedingungen erhalten, die einen wirtschaftlichen Betrieb
 1610 gewährleisten.

1611 **Verkehr@Digital**

1612 Auf unserer Agenda steht eine landesweite Open-Data-Strategie.
 1613 Wenn wir zum Beispiel die Informationen öffentlich machen, wann welche Ampel rot
 1614 oder grün ist, können etwa Apps entwickelt werden, die zusammen mit den
 1615 Verkehrsdaten des Öffentlichen Nahverkehrs, Staumeldungen und Carsharing- und/oder
 1616 Mietrad-Verfügbarkeiten in Echtzeit das günstigste, schnellste und
 1617 klimafreundlichste Angebote ausweisen können. Mit den Verkehrsdaten des
 1618 Öffentlichen Nahverkehrs in Echtzeit werden Angebote zudem transparenter und
 1619 kundenfreundlicher. Die Digitalisierung ermöglicht es künftig, z.B. mit einem
 1620 Smartphone oder einer Chipkarte das Ein- und Aussteigen zu registrieren und die
 1621 Fahrkosten zum günstigsten Tarif am Monatsende abzurechnen. Wir setzen uns
 1622 gleichzeitig dafür ein, dass im fahrscheinlosen Nahverkehr ein anonymer Erwerb von

1623 Fahrkarten und eine anonyme Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs weiterhin möglich
1624 bleibt.

1625 **Auf den Punkt**

- 1626 • *Wir werden* ein Schnellladenetz für E-Mobilität ausbauen,
- 1627 • mehr Elektrobusse durch ein ambitioniertes Förderprogramm unseres Landes
1628 ermöglichen,
- 1629 • im ländlichen Raum durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Verkehrswende
1630 einleiten und durch hochflexible Mobilitätsinfrastruktur Verkehrsmittel
1631 vernetzen,
- 1632 • den Menschen in Städten mehr öffentlichen Raum überlassen,
- 1633 • die vernetzte Mobilität voranbringen,
- 1634 • den Fahrradverkehr ausbauen, Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten,
1635 Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV bereitstellen,
- 1636 • unsere Elektrifizierungskampagne für die Bahn starten,
- 1637 • den Bau der S4 und S 21 im Hamburg Rand voranbringen,
- 1638 • den Nord-Tarifverbund mit Hamburg verhandeln,
- 1639 • für Bahn, Bus und Straßen lückenlos WLAN ausbauen,
- 1640 • sauberen Antrieb für Schiffe und Landstromanschlüsse in unseren Häfen
1641 Flensburg, Kiel und Lübeck ermöglichen.